

BERT BRECHT AN MEINE LANDSLEUTE

IHR, DIE IHR ÜBERLEBTET IN GESTORBENEN STÄDTEN
HABT DOCH NUN ENDLICH MIT EUCH SELBST
ERBARMEN!

ZIEHT NUN IN NEUE KRIEGE NICHT, IHR ARMEN
ALS OB DIE ALTEN NICHT GELANGET HÄTTEN:
ICH BITT EUCH, HABET MIT EUCH SELBST ERBARMEN!

IHR MÄNNER, GREIFT ZUR KELLE, NICHT ZUM MESSER!
IHR SÄSSET UNTER DÄCHERN SCHLISSLICH JETZT
HÄTTET IHR AUF DAS MESSER NICHT GESETZT
UND UNTER DÄCHERN SITZT ES SICH DOCH BESSER.
ICH BITT EUCH, GREIFT ZUR KELLE, NICHT ZUM MESSER!

IHR KINDER, DASS SIE EUCH MIT KRIEG VERSCHONEN
MÜSST IHR UM EINSICHT EURE ELTERN BITTEN.
SAGT LAUT, IHR WOLLT NICHT IN RUINEN WOHNEN
UND NICHT DAS LEIDEN, WAS SIE SELBER LITTEN:
IHR KINDER, DASS SIE EUCH MIT KRIEG VERSCHONEN!

IHR MÜTTER, DA ES EUCH ANHEIMGEGEBEN
DEN KRIEG ZU DULDEN ODER NICHT ZU DULDEN
ICH BITT EUCH, LASSET EURE KINDER LEBEN!
DASS SIE EUCH DIE GEBURT UND NICHT DEN TOD DANN
SCHULDEN:
IHR MÜTTER, LASSET EURE KINDER LEBEN!

85

Sept./Okt. '00
15. Jahrgang
DM 3,00
ISSN: 1436-7823

Antifaz

Zeitung gegen Rassismus,
Faschismus und Imperialismus
für Menschenrechte, Demokratie und Freiheit der Völker

Weitere Themen:

- Antifaschistische Strategie
- Antikriegstag
- Kampf um Bleiberecht
- Todeslager Sobibor
- Interview in Diyarbakir
- Braunen Terror stoppen- aber wie?
- Das türkische Militär



Titelthema:
Bündnisse gegen Rechts

Inhaltsverzeichnis

Editorial	3
Bericht	
Dortmund gegen Rechts	4
Recklinghausen gegen Recklinghausen	8
Verharmlosung eines Polizistenmörders durch Behörden	13
Kundgebung zum Antikriegstag	17
Todeslager Sobibor (3)	36
Familie Guberovic kämpft um Bleiberecht	41
Analyse	
Antifaschismus – Linksradikalismus oder Demokratie (2)	10
Den braunen Terror stoppen – aber wie?	15
Türkei: Kräfteressourcen zwischen Militär und Zivilgesellschaft	27
Interview	34
Kurznachrichten	43
Material	A-II

Eigentumsvorbehalt

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile – und nur diese – dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Abonnementsbedingungen:

Einzelabonnements/Jahr 27 DM
Förderabonnements/Jahr 30 DM

Es gilt Anzeigenpreisliste Nr. 2

Breite	Höhe	DM
5,5 cm	< 6 cm	< 60,-
5,5 cm	8-10 cm	60,-
10,5 cm	6-8 cm	75,-
5,5 cm	24 cm	120,-
7,7 cm	24 cm	150,-
16 cm	12 cm	150,-

Impressum

Die AntifaZ ist die Zeitschrift des AFB Ruhrgebiet. Sie erscheint alle 2 Monate. Namentlich gekennzeichnete Beiträge werden von dem/der jeweiligen AutorIn verantwortet und geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

V.i.S.d.P.: W. Englisch

Oerweg 28
45657 Recklinghausen
Tel.: 02361/26345

ISSN: 1436-7823

Redaktionsanschrift:

Bert-Brecht-Zentrum
Herner Str. 43
45657 Recklinghausen

Tel.: 02361/901923

Fax: 02361/21686

eMail: afb-bbz@t-online.de

Redaktionssitzung:

Mittwochs ab 19 Uhr

Abonnenten- und Anzeigenkonto:

BLZ: 430 500 01

Konto-Nr.: 334 010 27

(Stichwort „AntifaZ“)

Sparkasse Bochum

Inhaber: K. Dillmann

Redaktionsschluss Nr. 86: 28.10.2000

EDITORIAL

„Hamburger Sturm“ verboten, „Blood & Honour“ verboten, **NPD-Verbot wird vorbereitet** - erfreuliche Nachrichten für Antifaschistinnen und Antifaschisten.

Überall „**Bündnisse gegen Rechts**“, wir berichten über solche Initiativen in Dortmund und Recklinghausen.

Der Staat wird „mit der ganzen Härte des Gesetzes gegen Rechtsextremismus“ vorgehen - dann ist ja alles 'in Butter', könnte man meinen - oder ?

Wenn da nicht die Tatsache bliebe, dass die Nazis sich offenbar wenig von den Verboten und Verbotsandrohungen beeindrucken lassen.

Wenn da nicht die Tatsache bliebe, dass dieser Staat sein rigoroses Abschiebeprogramm konsequent fortsetzt - die Diskussion über „Rechtsextremismus“ funktioniert so prächtig, dass von Flüchtlingen und Asylsuchenden zur Zeit nicht geredet werden 'kann'.

Wenn da nicht die Tatsache bliebe, dass Waffenlieferungen wie die Lieferung einer kompletten Rüstungsfabrik in die Türkei wenig Kritik finden, der 1. September, der Internationale Antikriegstag, in diesem Jahr 'kein Thema' mehr war.

Der **Internationale Freundschaftsverein (IFV)** in Recklinghausen führte immerhin eine kleine Kundgebung durch, und **Özgür Sezgin** hielt dabei eine beachtenswerte Rede, die in der vorliegenden Ausgabe abgedruckt ist.

Damit das Thema „Menschenrechte“ in der Türkei nicht in Vergessenheit gerät, veröffentlichen wir einen Beitrag von **Eric Rouleau** aus **LE MONDE diplomatique**, der sich eingehend mit der Herrschaft der türkischen Militärs auseinandersetzt: „Die 'Paschas' als fragwürdige Erben des Kemalismus“.

Redakteure unserer Zeitung waren in Kurdistan und führten in Diyarbakir ein Gespräch mit **Ayse Ekinci** und **Yildiz Bugdayci**, den Müttern von **Selahaddin** und **Remzi**, die kurdische Asylsuchende und im Recklinghäuser IFV aktiv sind.

Auf ihrer Kurdistan-Reise besuchten sie auch die alte kurdische Stadt **Hasankeyf**, die durch den Bau des **Ilisu-Staudamms** vernichtet werden soll (AntifaZ berichtete auch in Nr. 84).

Dass die „**Bündnisse gegen Rechts**“ die antifaschistische Diskussion über unsere zukünftigen Aufgaben nicht führen werden, dürfte klar sein. Die organisierten AntifaschistInnen werden sich von den teilweise hektischen Aktivitäten wohl auch kaum beeindrucken lassen und ihre 'Arbeit' fortsetzen - auch die der theoretischen Auseinandersetzung. Im ersten Teil des Beitrags von Stephan W. Born (AntifaZ Nr. 84) wurde bereits angedeutet, dass der Begriff der „Arbeit“ uns noch stärker beschäftigen wird - im zweiten Teil seines Artikels setzt er sich mit **Arbeit, Entfremdung und 'deutschem' Arbeitsethos** auseinander.

Klaus Dillmann legte einen weiteren Teil über das **KL Sobibor** vor, und **Astrid Keller** und **Frank Niermann** berichten in ihrem Beitrag über die Entwicklung faschistischer Strukturen im Großraum Dortmund.

Falls in letzter Minute wieder weitere Manuskripte dazugekommen sein sollten - Ihr seht's im Inhaltsverzeichnis.

Für die Redaktion

WT

Bündnis „Dortmund gegen Rechts“

Das Bündnis „Dortmund gegen Rechts“ ist hervorgegangen aus der Initiative „Nordstadt gegen Rechts“, die im Zusammenhang mit rassistisch motivierten Angriffen von Nazi-Skinheads auf in Dortmund lebende Menschen ins Leben gerufen wurde. Die Initiative war insbesondere von Dortmunder Grünen ausgegangen und hatte bald ein breites Spektrum von Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen nicht nur aus dem Dortmunder Norden erfaßt. Erstmals an die Öffentlichkeit getreten war sie mit der Demonstration in der Dortmunder Nordstadt am 1. Mai (siehe dazu AntifaZ Nr. 83).

Wer gehört zum Bündnis „Dortmund gegen Rechts“?

Auf einem ersten Treffen am 31. Mai, zu dem die Initiative in die Gaststätte Lüchtemeier (Münsterstraße 120) geladen hatte, war beschlossen worden, das Bündnis auf ganz Dortmund auszuweiten, und ein Sprecher(innen)rat aus 3 Sprechern und 2 Sprecherinnen gebildet worden, der zur organisatorischen Besprechung beschlossener Aktionen zwischen den Plenumsitzungen (zu allen am Bündnis Beteiligten bekanntgegebenen Terminen) tagen soll, um diese vorzubereiten und die Aufgaben für geplante Aktionen zu verteilen. Diese Ansprechpersonen sind:

Barbara Heinz (SPD Brackel, Mitglied des Ausländerbeirates, Schauacker 4a, 44309 Dortmund, Telefon 256714)
Bianca Rudolf (DGB-Jugend, zu erreichen über den DGB, Ostwall 17-21, 44135 Dortmund, Telefon 55704419, Fax 55704444)
Mark Rudolf (Bündnis 90/ Die Grünen, Fliederstraße 37, 44147 Dortmund, Telefon 822695 bzw. dienstlich 822600, Fax

8 2 2 6 0 1, E-Mail planruf@cityweb.de) (Einladender und Versammlungsleiter)

Frank Schlberg (DKP, Fliederstraße 37, 44147 Dortmund, Telefon 8630871)
Robert Volmerhaus (SDAJ, Rheinische Straße 92, 44137 Dortmund, Telefon 1629225).

In der Zeitschrift *LOTTA* (die als Nachfolgezeitschrift der *ANTIFASCHISTISCHEN ZEITUNG NRW* betrachtet werden kann) wird dieses Bündnis, das - wie sein Sprecher Mark Rudolf sagt - „ein handlungsorientiertes Aktionsbündnis, kein Debattierclub“ sein soll, als bürgerlich bezeichnet. Den (autonomen) Leserinnen und Lesern dieser Zeitschrift wird so nahegelegt, das Bündnis einfach rechts liegen zu lassen.

Die politische Zugehörigkeit der Sprecher und Sprecherinnen des Bündnisses ist keine vollständige Widerspiegelung der bisher dort mitarbeitenden Kräfte. So hatten sich zu dem zweiten Plenumstreffen am 18. August rund 60 Menschen eingefunden, darunter neben Vertretern und Vertreterinnen der

bürgerlichen Parteien, der Kirchen und von Organisationen wie dem **Paritätischen Wohlfahrtsverband** auch Angehörige von **Antifa Nord, MLPD und KPD**, und bisher sieht es so aus, als ob alle diese Kräfte bei der weiteren Arbeit des Bündnisses mitwirken wollen.

Bisher geplante Aktivitäten

An Aktivitäten plant das Bündnis eine **Kiosk-Aktion** (um Nazi-Propaganda aus dem Angebot von Zeitungsverkaufsstellen zu verbannen, wobei bereits der Entwurf eines Briefes an die Kioskinhaber und an den Grossisten **Buch- und Zeitschriftenhandel und -verlag Wilhelm Schmitz GmbH & Co - Höfkerstr. 48, 44149 Dortmund - vorlag**; Ansprechperson dafür ist **Regina Hunke** über Telefon 1300040), ein **Fest** am 15.09. ab 17 Uhr im „Langen August“ (Braunschweiger Straße 20) mit thematisch auf das Anliegen des Bündnisses orientierten, nicht für Parteiwerbung gedachten Ständen der Bündnis-Mitglieder (zum gegenseitigen Kennenlernen), eine

Strafanzzeige gegen das Kleben von Zetteln, auf denen **Rudolf Heß** als nach langer Haft von den Siegermächten ermordeter Märtyrer hingestellt wird, und das Überkleben von Namensbezeichnungen einiger Straßen, die kurzzeitig in „Rudolf-Heß-Straße“ umbenannt wurden (die PDS-Stadträtin **Astrid Keller** soll das übernehmen), das Projekt „**Schule ohne Rassismus**“ (wobei die Lehrerin **Monika Niehaus** an der **Anne-Frank-Schule** in der Kinder- und Jugendarbeit für das Bündnis arbeiten will), Zusammenstellen von **antifaschistischen Filmen**, die außer an Schulen auch etwa in einer Filmreihe bei **CineStar** am Hauptbahnhof gezeigt werden können (wofür sich besonders die Nordstadt-Grünen einsetzen wollen), ein **Plakatwettbewerb**.

Das für antifaschistisch-

demokratische Kräfte aller Schattierungen offene Bündnis, dessen Plenum jeweils vor geplanten größeren Aktionen einberufen werden und die bisherige Planung auf ihre Erfüllung hin kontrollieren soll, will sich darum bemühen, alle in Dortmund arbeitenden antifaschistischen Gruppen und Initiativen einzubeziehen, so z.B. auch eine in Dortmund-Brechten gegen dortige Nazi-Umtriebe tätig gewordene Initiative um den der **IPPNW** (International Physicians for Protection against Nuclear War) angehörigen Arzt **Klaus Dieter Schmidt**. Auch ausländische Organisationen wie etwa die türkisch/kurdische Organisation **DIDF** (Demokratik Isci Dernekleri Federasyonu) sollen verstärkt auf eine Mitarbeit hin angesprochen werden. Dabei soll jeder beteiligten Gruppe ihre eigenständige antifaschistische Tätigkeit

unbenommen bleiben. Die Vertreterin der DGB-Jugend wies ausdrücklich darauf hin, daß eine beim DGB unter Federführung des DGB-Bezirksvorsitzenden **Eberhard Weber** ins Leben gerufene antifaschistische Initiative nicht in Konkurrenz zum Bündnis Dortmund stehen soll, sondern ihre Arbeit darin einbringen will. Hier könnte allerdings ein Konfliktherd entstehen, falls diese Initiative über Mitglieder des DGB hinaus Nichtgewerkschaftsmitglieder einbinden sollte.

Es geht dabei auch um einen von der Landesregierung NRW gebildeten **Fonds von 18 Millionen DM**, der für **Aktionen gegen Neonazis** zur Verfügung stehen soll. „Die Kommunen können das Geld für Aktionswochen, Infobroschüren oder Plakataktionen einsetzen oder die Arbeit örtlicher Initiativen unterstützen.“ (SPD-



Antifaschisten gehen auf die Straße

Foto: Reuters

Sprecher **Heinz Wirtz**)

Erstes Plakat

Ein von dem graphischen Gestalter **Michael Hermes** entworfenen, vom Sprecher (innen)rat vorgeschlagenes und mit leichter Abänderung der Schriftart vom Bündnis beschlossenes Plakat, das eine abwehrende Hand und den Text „*Setz dich ein - für ein friedliches, solidarisches und respektvolles Miteinander!*“ zeigt, dürfte sicher den Vergabekriterien der NRW-Landesregierung entsprechen. Die Kosten dafür hat denn auch ein anwesender Vertreter der SPD für diese Partei großzügig übernommen.

Dem Text, der grünen Wahlplakatparolen entstammen könnte, ist in dieser Allgemeinheit sicher nichts entgegenzusetzen, denn er drückt eine Sehnsucht aus, die wohl die meisten Menschen haben, und daher gab es dagegen von allen am Bündnis Beteiligten keine offenen vorgebrachten Einwendungen. Politik läßt sich jedoch mit plakativ zur Schau gestellten Sehnsüchten nur bedingt machen. Bei genauerer Betrachtung kommt man nicht umhin festzustellen, daß der Text weder spezifisch antifaschistisch ist noch überhaupt die Opfer der Nazi-Aktivitäten konkret anspricht. In dieser Abstraktheit könnte er sogar von Nazis getragen werden, die ein friedliches, solidarisches und respektvolles Miteinander, soweit es ihre eigenen Kräfte und solche Mitmenschen, die ihnen

folgen, betrifft, sicher befürworten würden. Genau diesen Kräften gegenüber aber dürfen Antifaschistinnen und Antifaschisten nicht friedlich, solidarisch und respektvoll sein.

Somit kann dieses Plakat vielleicht als ein Einstieg dienen, um das Bündnis öffentlich bekannt zu machen, gibt aber nicht wieder, worin seine konkrete Arbeit zu bestehen hat. Andere, präzisere Plakate müssen folgen, wofür der Plakatwettbewerb vorgesehen ist. Und bei der Auseinandersetzung darum wird sich auch zu zeigen haben, wie weit das Bündnis trägt.

Wie schwer wiegen die Argumente gegen ein Verbot der Nazi-Parteien?

Was nun werden die Kriterien einer Landesregierung sein, deren Innenminister **Behrens** sich im Unterschied zur Bundesregierung (die ein NPD-Verbot „prüfen“ will) wiederholt deutlich gegen ein Verbot von faschistischen Parteien gewandt und dabei alle bisher in die Debatte geworfenen Vorurteile mobilisiert hat.

- So etwa, ein Verbot werde die Nazibanden in die Illegalität drängen und so weniger kontrollierbar machen. Als hätten die Regierenden bei den zunehmenden Nazi-Gewalttaten etwas unter Kontrolle! Verboten wäre doch die bisher als legal behandelte Propaganda- und Versammlungstätigkeit faschistischer Parteien,

während deren illegale Tätigkeit sich ohnehin weitgehend verdeckt abspielt. Dieser würde damit der starke organisatorische Rückhalt durch „legale“ Faschisten entzogen.

- So etwa, der Polizei werde durch ein Verbot ihr Vorgehen gegen die Nazis nur erschwert. De facto erleben wir jedoch, daß das Vorgehen der Polizei sich vor allem gegen Antifaschisten richtet, weil sie faschistische Aufmärsche beschützen muß. Und da, wo Nazi-Verbrechen polizeilich verfolgt werden müssen, wird in der Regel so getan, als handle es sich um Einzeltäter und als wäre ihre Nazi-Gesinnung und Unterstützung durch andere Nazis mehr oder weniger zufällig. Dabei sprechen Waffenansammlungen und das Anhäufen von Naziemblemen oder -propagandamaterial oft eine ganz andere Sprache.

- So etwa, ein Verbot der Naziparteien sei bestenfalls ein Kurieren an den Symptomen. Abgesehen davon, daß es um der von Nazi-Angriffen Betroffenen willen besser ist, an Symptomen als gar nicht zu kurieren: Als wäre unter den Bedingungen des Kapitalismus nicht jede antifaschistische Tätigkeit ein Kurieren an Symptomen. Solange diese Grundlage für faschistische Orientierungen nicht beseitigt ist, die in Krisenzeiten materielle Gewalt erlangen können, ist immer besondere Wachsamkeit geboten, derartige Tendenzen nicht hochkommen zu lassen. Die

Auseinandersetzung darum würde sich aber im Verbotsfalle möglicherweise verstärkt auf das Lager der bürgerlichen „Demokraten“ selbst richten, da Worte und Taten, um deretwillen den Faschisten eine politische Tätigkeit untersagt würde, auf der Grundlage eines solchen Verbotes auch dort als kriminell gebrandmarkt werden müßten, während sie bisher allenfalls als Kavaliärsdelikte behandelt werden.

- So etwa, durch ein Verbot der Nazi-Parteien würden nur Märtyrer erzeugt. Als wenn Menschen, die Verbrechen befürworten und ihnen eine politische Plattform bieten, überhaupt Märtyrer einer gerechten Sache sein könnten. Das ist schlichtweg Augenwischerei. Letzteres Argument wird noch von daher gespeist, daß man schlechte Erfahrungen mit dem KPD-Verbot gemacht habe. Wieso eigentlich? Der KPD (derjenigen Partei, die während des Nazireiches am entschiedensten gegen die Naziherrschaft gekämpft und dabei zahlreiche ihrer Mitglieder verloren hatte) war damit auf lange Zeit hinaus jedwede Öffentlichkeitsarbeit verboten, ihr Vermögen beschlagnahmt worden, und rund eine halbe Million Menschen wurden mit Prozessen überzogen - Schläge, von denen sich die Partei bisher nicht erholen konnte. Dabei wurden in der Tat Märtyrer geschaffen: und zwar insbesondere die Menschen, die gegen eine Remilitarisierung der Bundesrepublik tätig

geworden waren - auch im Rahmen anderer Organisationen. Diese waren z.T. längst vor dem Verbot der Partei gewaltsam aufgelöst worden, weil sie dem Staat weniger Widerstand entgegensetzen konnten, andere wurden es danach noch viel schneller, weil ihre Aktivitäten oft von Menschen getragen wurden, die man der Mitgliedschaft in der verbotenen KPD verdächtigen konnte. Dabei aber handelte es sich beim Kampf gegen den Militarismus um eine gerechte Sache, und die KPD war gerade deswegen verboten worden, weil sie sich dafür stark gemacht hatte. Die vom Bundesverfassungsgericht ausgesprochene Begründung des Verbots dagegen war nichts als ein Feigenblatt. Die Remilitarisierung war gegen das Potsdamer Abkommen durchgesetzt worden, und gegen das Potsdamer Abkommen gerichtet war auch die Zulassung von faschistischen Parteien wie NPD, DVU und REP. In beiden Fällen übrigens unter massiver Modelung am Grundgesetz, eines Textes im übrigen, der seit seiner Erstveröffentlichung mit samt seinen späteren Änderungen zu keiner Zeit den Wahlberechtigten zur Abstimmung vorgelegt worden ist. Und die Mißachtung des nach dem Grundgesetz zwingend vorgesehenen Verbots von Nazi- und Nachfolgeorganisationen hatte ihren Grund: Nazis wurden - wieder einmal - gebraucht, denn sie hatten

ja besondere Erfahrung im Kampf gegen den Kommunismus.

Vorläufiges Fazit

So wichtig die von den Regierenden geforderte Zivilcourage der hiesigen lebenden Menschen sein mag, sie reicht für eine wirksame Bekämpfung faschistischer Umtriebe nicht aus. Wir stimmen mit der Bundesregierung darin überein, daß das (nach unserer Ansicht längst überfällige) Verbot der NPD geprüft werden muß, aber nicht nur der NPD, sondern aller faschistischen Parteien. Diese Prüfung darf nicht an Hand oben vorgestellter oder anderer Spekulationen oder als juristisches Fachproblem hinter verschlossenen Türen erfolgen, sondern muß öffentlich an Hand der vielfältigen Erfahrungen, die die Menschen hieszulande mit den Nazis gesammelt haben, stattfinden. In einer Demokratie, die die Minderheiten mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln schützen will und sich für das Recht auf Leben aller hier lebenden Menschen verantwortlich weiß, haben Faschisten keinen Platz.

An der Frage, ob und wie sich das Bündnis „Dortmund gegen Rechts“ zur Forderung eines Verbotes aller faschistischen Parteien stellen kann und wird, wird sich erweisen, inwieweit antikapitalistische Kräfte in einem solchen Bündnis auf Dauer mitarbeiten können.

KD

„RECKLINGHAUSEN GEGEN RECHTS“

Auch in verschiedenen Städten des Kreises Recklinghausen haben sich unter Führung der bürgerlich-demokratischen Kräfte (SPD/CDU/DGB) sogenannte Bündnisse gegen „Rechts“ gebildet.

Wie überall ging es diesen Kräften dabei vor allem darum, möglichst viel „Projekte“ vorzuweisen. Immerhin erhält jede Kommune 1 DM pro Bürger, das sind für die Stadt Recklinghausen 130 000 DM.

Und wie überall ging es ihnen darum, möglichst wenig zu diskutieren, schon gar nicht darum, irgendwelche „Schulduweisungen für frühere Versäumnisse“ auszusprechen, wie es der VHS-Sprecher Jürgen Pohl in Recklinghausen formulierte.

Faschistische Gefahren werden heruntergespielt

Besonders auffallend war das Bestreben dieser Kreise, über die tatsächlichen faschistischen Strukturen möglichst wenig zu sprechen oder sie bewusst zu verharmlosen. Anders kann die Aussage der Recklinghäuser Polizeipräsidentin, Frau Dr. Stegelmeyer, nicht bewertet werden. Sie behauptete, entgegen eigener Erkenntnisse ihrer Beamten vom 2. Präsidialbüro, im Kreis Recklinghausen gebe es „kein organisiertes Netz von rechtsextremen Strukturen“. Vielmehr gebe es einen „hartem Kern von 30 gewaltbereiten Personen und ein Umfeld von 70 Mitläufern“, die aber diesem Kern noch entzogen werden könnten. Die Polizei sei dabei aktiv durch „direkte Ansprache“.

Die Existenz der „freien Kameradschaften“, der Kreisverbände von NPD und DVU, wurden von ihr gelehnet.

Noch deutlicher wurde das Leugnen faschistischer Strukturen in Marl, wo das dort gegründete „Bündnis für Solidarität und Toleranz“ es fertigbrachte, jede politische Aussage über eine „rechte Gefahr“ völlig zu vermeiden. Stattdessen behauptet die dortige Bürgermeisterin Uta

Heinrich: „Ganz besonders wichtig ist mir dabei, dass es nicht um populistische, kurzfristige Aktionen als Reaktion auf eine aktuelle politische Diskussion geht, sondern um eine langfristig angelegte, kontinuierliche Arbeit.“

Welche Projekte den Marlern besonders an Herzen liegen, wurde ebenfalls deutlich: Vor allem soll das Konzept der „Ordnungspartnerschaften“ zwischen dem Ordnungsamt und der Polizei sowie „stadtteilorientierter Sozialarbeit“ weiter ausgebaut werden. Gemeint ist damit vor allem, die 'lästigen Obdachlosen' stärker aus dem 'sauberen Stadtbild' zu vertreiben.

In Marl funktionierte auch das „Gründungskonzept“ dieser Kreise problemlos: Zum ersten Treffen wurden unter Ausschluss der Öffentlichkeit 40 „Vertreter von Marler Institutionen“ eingeladen, diese „Institutionen“ legten schon 23 konkrete „Projekte“ mit konkreten „Projektverantwortlichen“ fest, was im Klartext nichts anderes heißen soll, als dass das Geld, das der Kommune Marl vom Land zur Verfügung gestellt wird, schon verteilt wird.

Im zweiten Schritt geht man dann auf die Suche nach nützlichen, idealistischen „Jugendlichen“, auf einer „Jugendkonferenz“ sollen „die Einschätzungen der Jugendlichen und ihre Ideen zu Wort kommen“.

Kritik am Rassismus von Staat und Politik unter den Tisch gekehrt

Auch in Recklinghausen war ursprünglich vorgesehen, unter Ausschluss der Öffentlichkeit zu tagen und schon mal konkret festzulegen, welche „Projekte“ festgeschrieben werden - und an wen Gelder verteilt werden könnten. In den letzten Tagen vor dem Treffen am 7. September wurde den Organisatoren jedoch schlagartig klar, dass sie die in Recklinghausen aktiven Antifa-Gruppen nicht mit Polizeigewalt von der Veranstaltung fernhalten konnten. Der Rat der Stadt bzw. Bürgermeister Pantförder beschlossen daher kurzfristig, die Veranstaltung zur öffentlichen zu erklären - Herr Pohl von der VHS verkaufte diese Entscheidung dann damit, man habe auf das massive öffentliche Interesse reagieren wollen.

Von einem derartigen massiven Interesse konnte leider keine

Rede sein - es waren im wesentlichen die eingeladenen „Institutionen“ erschienen. Ein Blick auf die Liste der ursprünglich eingeladenen Organisationen und Institutionen macht deutlich, dass man auf diejenigen hatte bewusst 'verzichten' wollen, die seit über zehn Jahren im Kreis Recklinghausen antifaschistisch tätig sind.

Vielmehr ging es auch in Recklinghausen darum, konkrete „Projekte“ festzuschreiben, um sich möglichst große Stücke vom zu verteilenden 'Kuchen' - sprich von den 130 000 DM - zu sichern. Dabei waren Leute wie die Vertreter der „Altstadtschmiede“, wie immer, wenn es um Geld geht, besonders rege.

Man sei schon immer 'multikulturell' aktiv, das gehe schon aus der „Satzung“ hervor, außerdem habe man ein Radioprojekt „für Ausländer“ und strebe auch eine Zusammenarbeit mit dem Recklinghäuser „Ausländerbeirat“ an. Dass der Recklinghäuser Ausländerbeirat von Leuten aus dem Umfeld der faschistischen türkischen MHP und islamisch-fundamentalistischen Kreisen geführt wird, interessiert diese 'Multikulturellen' herzlich wenig.

Hauptsache, man hat überhaupt ein paar „Ausländer“ vorzuweisen, das macht sich gut in diesen Tagen.

Man kann es ihm gut nachempfinden, dass Ali Ertan Toprak, ehemaliges Mitglied des Beirates, sich darüber beschwerte, dass selbst auf diesem Treffen „gegen Rechts“ noch immer von „unseren

ausländischen Mitbürgern“ gesprochen wurde, er warte noch auf den Tag, an dem er einfach nur „Ali aus Recklinghausen“ sei.

Für einigeder Anwesenden klangen diese Töne zumindest 'befremdlich', was vor allem der Beitrag der Vertreterin des Seniorenbeirates, Frau Auge, deutlich machte. Sie versuchte eine gefährliche Gratwanderung zwischen ihrem Anliegen, die von 'Ausländern an Deutschen' geübte Gewalt ins Gespräch einzubringen, und dem ihr erkennbar schwer fallenden Versuch, sich nicht offen fremdenfeindlich zu outen - in diesem Kreis war ein anderer 'Ton' gewünscht, und den hatten noch nicht alle Anwesenden glatt auf der Zunge.

Erfrischend und erfreulich an diesem Abend eigentlich nur die Beiträge einer Gruppe afrikanischer „Mitbürger“, die zu einem „Marsch gegen Rassismus“ am 14. Oktober 2000 aufriefen, sowie der Bericht der Sprecherin der Personalvertretung des Prosper-Hospitals, die eine von den Krankenhaus-Mitarbeitern erstellte Foto-Ausstellung vorstellte, die die enge Zusammenarbeit der Mitarbeiter aus immerhin 13 unterschiedlichen Nationalitäten dokumentiert.

Die Vertreter von AFB und DKP, die als einzige den Versuch unternahm, zumindest den Ansatz einer Diskussion über Ursachen und Ausmaß faschistischer Gewalt zu initiieren, wurden mit Missachtung abgestraft - allerdings hatte Versammlungsleiter Pohl bei beiden größere Mühe, seinem Drang, ihnen das Mikrophon zu

entziehen, zu steuern - er hielt sich aber an das vorher vereinbarte Konzept: „Die 'Linken' reden, sich nicht 'provizieren' lassen, ansonsten ignorieren“ - was dann ja auch professionell durchgezogen wurde. Respekt!

Antifaschistische Bündnisse auf klarer Grundlage entwickeln

Den organisierten AntifaschistInnen dürfte allerortens klar sein, dass diese 'Bündnisse gegen Rechts' alles andere als eine tragfähige Basis darstellen, faschistische Gewalt zurückzudrängen. Daher wurde von ihnen beschlossen, eine eigene Bündnisstruktur 'von unten' aufzubauen, die eine langfristige antifaschistische Strategie entwickelt.

Hierzu trafen sich am 20. September im Recklinghäuser Bert-Brecht-Zentrum mehrere Gruppen und Einzelpersonen. Über die Ergebnisse dieses Treffens berichten wir in der nächsten Ausgabe unserer Zeitung.

AFB Recklinghausen

Anzeige

**ANTIFA-VERSAND
SCHWARZ ROT**

Der neue
Katalog
ist da!

**Broschüren, Aufkleber,
T-Shirts, Plakate, Anstecker,
CDs, Aufnäher, Tapes,
Kapuzenpullis, Spuckies, ...**

Katalog gegen 2,- Rückporto bei
Antifa-Versand Schwarz-Rot
Weydinger Str. 14-16 · 10178 Berlin



ANTIFASCHISMUS

Linksradikalismus oder Kampf um Demokratie ?

(Teil 2)

von

Stephan W. Born

„Die Arbeit war ganz banal - zu Wurzeln“, mit diesem Zitat aus dem Beitrag des 'Leipziger Bündnisses gegen Rechts (BgR) endete - zugegeben: ironisch gemeint - der erste Teil unseres Beitrags zur aktuellen Diskussion um antifaschistische Strategien.

Inzwischen hat diese Diskussion eine 'Bereicherung' durch die Tatsache erhalten, dass sich „der Staat“ und die „Herrschenden“ in die Diskussion über den „Antifaschismus“ eingemischt haben.

Allerdings führen sie die Diskussion bislang, ohne das das Wort „Faschismus“ auch nur ein einziges Mal benutzt wird.

Schon deshalb werden wir im folgenden 2. Teil unseres Beitrags auch nicht auf die aktuelle Debatte herrschender Kreise eingehen, sondern uns auf die bestehenden Unklarheiten innerhalb der antifaschistischen Zusammenhänge beschränken.

Der Begriff der „Arbeit“ stand nicht zufällig am Ende des ersten Teil - weil er bisher in unseren Diskussionen nicht die Bedeutung hatte, die ihm jetzt von einigen zuerteilt wird.

Gehen wir also zu Beginn dieses Beitrages auf den fatalen Irrtum in der „Arbeits“-Diskussion einzelner Antifa-Strukturen ein.

Arbeit und „Identitätsbildung“ ?

Dem BgR scheint „klar, dass Arbeit nicht irgendwas ist, und auch nicht zum Kohle verdienen da ist, sondern (dass es klar) eine der wenigen Identifikationsmöglichkeiten ist, die es hier in dieser Gesellschaft gibt.“

Schmerzlich vermisst wird eine gesellschaftliche Kraft, die sich „gegen diesen Arbeitsethos“ zur

Wehr setzt und sagt: „Wer braucht schon Arbeit?“ Der fatale Irrtum, dem hier aufgefressen wird, ist die Gleichsetzung von „Arbeitsethos“ und „Arbeit“.

Kann die Kritik an einem dieser Gesellschaft zugrundeliegenden - falschen - Arbeitsethos noch als Kritik an der Entfremdung „der Arbeit“ verstanden werden, so ist die Formulierung „Wer braucht schon Arbeit“ nicht mehr als eine populistische Floskel, deren Adressat nicht existiert ist.

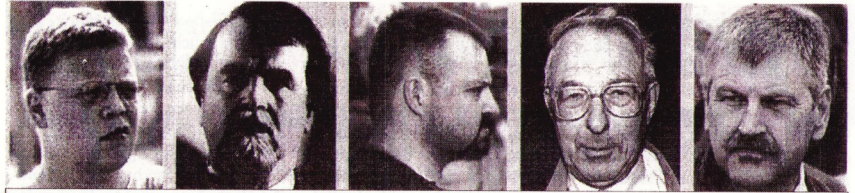
Allerdings liegt selbst in der Verwendung des Ausdrucks „brauchen“ noch ein Körnchen Wahrheit, meint er doch vermutlich nicht einen 'Wert der Arbeit', die in ihrem 'Gebrauch' auf der Grundlage freier, nichtentfremdeter Menschen, liegt,

sondern das zwanghafte „brauchen“ im Sinne von „nötig haben“. „Nötig“ im Sinne von Durchsetzung dieser entfremdeten Form der Arbeit mittels gesellschaftlicher 'Gewalt' (= Staat, dazu später mehr) hat sie tatsächlich nicht jeder („wer braucht schon...“), aber immerhin einige sehr wohl, nämlich diejenigen, die ihre gesellschaftliche Existenz als herrschende Klasse gerade dieser „Form“ der „Arbeit“ verdanken.

Die gesamte abwegige Verwirrung in im Grunde nicht allzu schwierigen Fragestellungen hat das sogenannte „Manifest gegen die Arbeit“ hervorgerufen, welches in oft geradezu grotesker und ahistorischer Form Thesen in die Welt setzt, die den Begriff der „Arbeit“ aus seinem historischen



TAZ-Aktion: Fotos führender Nazis : R. Oberlercher, H. Mahler, S. Hupka, S. Roßmüller, F. Busse



Fotos führender Nazis: T. Brandt, E. Weil, O. Schweigert, M. Roeder, U. Voigt

Kontext lösen und ihn zu einer metaphysischen Kategorie (Arbeit ist irgendwann im Mittelalter in böser Absicht erfunden worden und ist zur Zeit, im Computerzeitalter, dabei, wieder zu verschwinden).

Zwar sprechen die Verfasser des „Manifests“ auch durchgehend von „Kapitalismus“, das Kapitalverhältnis bleibt ihnen aber zutiefst verborgen. Stattdessen beobachten sie umso aufmerksamer, wie 'böse' die Kapitalisten mit den Armen und Arbeitslosen umgehen. Zum sogenannten zweiten Arbeitsmarkt schreibt das 'Manifest': „Durch die Simulation von 'Beschäftigung' und das Vorgaukeln einer positiven Zukunft der Arbeitsgesellschaft wird die moralische Legitimation geschaffen, um so härter gegen Arbeitslose und Arbeitsverweigerer vorzugehen“. In Wirklichkeit hat es massive ökonomische Gründe, dass die menschliche Arbeitskraft nicht völlig durch Roboter ersetzt wird - dies würde nämlich eine massive Erhöhung der organischen Zusammensetzung des Kapitals nach sich ziehen, was einen massiven Fall der Profitrate nach sich zöge - in „logischer Fortsetzung“ bedeutete dies die Selbstauflösung des Kapitals. Nur - im Unterschied zu den Verfassern des 'Manifestes' wissen kapitalistische Manager sehr wohl um diesen Effekt, weshalb sie auch der weiteren 'Robotisierung' energisch entgegensteuern.

Allerdings werden die 'Manifest'-Verfasser es vermutlich weit von sich weisen, sie wollten jede Form menschlicher Arbeitskraft überflüssig wird: „In logischer Fortsetzung der Rationalisierung ersetzt elektronische Robotik die menschliche Energie“.

Im Grunde brachten also die von „der Arbeit Befreiten“, die „Arbeitslosen“, nicht mehr zu arbeiten - wenn sie nicht von den

bösen Kapitalisten und ihren Staatsbütteln dazu „zwangsverpflichtet“ würden: „Welchen anderen Sinn sollte es sonst machen, Arbeitslose zur Spargelernte zwangszu verpflichten?“ Dass der Spargelstecher also nicht durch einen Roboter ersetzt wird - was sicher so mancher Spargelstecher dankbar begrüßen würde, wenn er dann diesen Roboter bedienen dürfte - ist nach Meinung des 'Manifests' bloße Schikane und Mittel, um „härter gegen Arbeitslose und Arbeitsverweigerer vorzugehen“.

Mal abgesehen davon, dass die Kapitalisten nicht ganz tatenlos zusehen werden, wenn „freie Assoziationen“ die „Produktionsmittel erobern“, bleibt ein eklatanter Widerspruch des 'Manifestes' bestehen: Auf der einen Seite soll man sich möglichst massenhaft der Arbeit entziehen („Wer braucht schon Arbeit?“), auf der anderen Seite soll man sie in nicht „anonymer“ Form „mobilisieren“. Stellt man sich dies nur für einen Augenblick konkret vor, gerät man zumindest ins Staunen: Gesetzt den Fall, alle Arbeiter verließen auf einen Schlag die Produktionsstätten, gesetzt den Fall, die Kapitalisten erklärten geschlossen ihren „Rücktritt“ - wie sollte man nun die vorhandenen Produktionsmittel „mobilisieren“, so dass sie weder Waren („Märkte“) noch anonym wären. Soll die ehemalige Opel-Belegschaft sich nun hinsetzen und beraten: Wir (bzw. 'unsere' Roboter) bauen nicht mehr 5000 Autos, sondern nur noch 50. Unsere Autos werden individuell gestaltet, jedes erhält einen Namen

nur um die Abschaffung der entfremdeten 'Form' menschlicher Tätigkeit, menschlichen 'Umformens der Natur'? Oder ist das ganze ein neues „Zurück zur Natur“ - Bekenntnis, der Aufruf, erneut 'Landkommunen' zu gründen? Man fordert: „Die Eroberung der Produktionsmittel durch freie Assoziationen gegen die staatliche und juristische Zwangsverwaltung kann daher nur bedeuten, dass diese Produktionsmittel nicht mehr in der Form der Warenproduktion für anonyme Märkte mobilisiert werden“.

Also alles nur ein 'begriffliches' Missverständnis? Geht es den Verfassern in Wirklichkeit doch

(Aufhebung der 'Anonymität'). Dann werden sie nicht mehr verkauft, sondern - getauscht? Wahrscheinlich aber sind wir ja völlig auf dem Holzweg, da die 'Manifest'-Verfasser vermutlich die Produktion von „Autos“ längst ganz eingestellt haben, fordern sie doch eine Gesellschaft, in der der Mensch nicht länger „Anhängsel oder Objekt der Technik“ ist. Die „freie Assoziation“ müsste also vermutlich ganz 'von vorne' anfangen. So, wie die heutigen „Arbeitslosen“ sich als Verkäufer auf Trödelmärkten oder Organisatoren von „Tauschringen“ betätigen können. Konsequenterweise müssten die Verfasser auch den Empfang staatlicher „Stütze“ (Geld!) ablehnen, stellt sie doch die konzentrierteste Form entfremdeter menschlicher Arbeit dar und ist zudem den noch „Arbeitenden“ gestohlen worden („Steuern“!). Das tun sie aber nicht, und hierin liegt auch die besondere politische Gefahr solcher „Konzepte“: Sie werden nicht als Aufruf zur Abschaffung der Entfremdung verstanden werden, sondern als Aufruf zum Schmarotzen: Die anderen, die 'blöd' genug sind, noch zu „arbeiten“, sind selber Schuld, also schadet es auch nicht, wenn sie durch ihre Steuerzahlungen die nicht mehr „Arbeitenden“ finanzieren.

Gegen die Nationalisierung der „Arbeit“

Bei aller - zugegeben polemischer - Kritik an den Manifest-Verfassern soll aber nicht unterschlagen werden, dass wichtige Kritik an der

entfremdeten und ideologisch aufgeladenen „Arbeits“- Diskussion geleistet wird. Dass die Faschisten den Begriff der „deutschen Arbeit“ verwenden, ist mehr als ernst zu nehmen, da er Spaltung der Arbeiterklasse in 'gute', „deutsche Arbeiter“ und schlechte, „schmarotzende Fremdarbeiter“ anstrebt. Dem leistet der nationale Standort-Begriff der Gewerkschaften massiv Vorschub. Bis heute haben die Gewerkschaften den Begriff der „ausländischen Arbeitnehmer“ nicht aufgegeben, da sie nicht - mehr - von einem gemeinsamen Klasseninteresse aller Lohnabhängigen (egal welcher nationalen Herkunft) ausgehen. Dieser ideologisch aufgeladene Arbeitsbegriff leugnet selbstverständlich die entfremdete Form der Arbeit, leugnet auch massiv, dass „deutsche“ Arbeit genauso intensiv vernutzt („ausgebeutet“) wird wie die Arbeitskraft von „Fremdarbeitern“ - von den gleichen Kapitalisten. Diese ideologische Aufladung ist aber ebenfalls keine neue Erfindung, sondern begleitet die Geschichte der Ausbeutung von Anbeginn: „Deutsche Wertarbeit“, die deutsche „Pünktlichkeit“, „Gründlichkeit“ und „Sauberkeit“ wird massiv abgegrenzt von z.B. „polnischer Schlampigkeit“ oder „türkischer Faulheit“. Diese Kritik am faschistischen Arbeitsbegriff muss antifaschistische Tätigkeit sehr wohl leisten, der Weg des 'Manifests' ist allerdings der falsche. Insofern steht der

antifaschistischen Bewegung als Aufgabe nicht die „Kritik der Arbeit“ an, sondern die Forderung nach gleichen sozialen und demokratischen Rechten aller hier Lebenden und Arbeitenden. Auf diesem Hintergrund ist auch die Aufhebung des Arbeitsverbotes für Asylsuchende ein kleiner 'Fortschritt' - der aber für uns umgehend mit der Forderung nach Abschaffung und Verbot jeglicher staatlicher Zwangsverpflichtung zur „Arbeit“ verknüpft werden muss. In diesem Kontext wird sich die antifaschistische Bewegung auch mit den Konzepten von „Beschäftigungsgesellschaften“ und „tertiärem Sektor“ auseinandersetzen müssen - nicht auf Grundlage von „Abschaffung der Arbeit“, sondern auf der Grundlage von Forderungen nach sozialen Mindeststandards und menschenwürdigen Arbeitsverhältnissen.

In diesem Kontext wird sich die antifaschistische Bewegung mit der Notwendigkeit der politischen Vernetzung unterschiedlicher 'Basis'-Bewegungen der MigrantInnen, der Asylsuchenden, der Flüchtlinge, der Arbeitslosen, der Frauen und der RenterInnen beschäftigen müssen, mit dem Zurückdrängen rassistischer und darwinistischer Konzepte, mit dem Entwickeln von konkreten „Gleichheits“- Vorstellungen und gemeinsamen Handlungsmöglichkeiten. Doch dazu mehr im nächsten Teil.

Stephan W. Born
(Antifaschistischer Bund)



H.-G. Eisenecker, Th. Heise, U. Leichsenring, Ch. Worch, F. Schwerdt

Wie die Verharmlosung eines Polizistenmörders durch Behörden von Neonazis zur Verherrlichung von Gewalt genutzt wird

- Korrespondenz aus Dortmund -

Nach Ansicht von Polizei und Staatsanwaltschaft stehen die Morde an Polizisten in Dortmund und Waltrop vom 14. Juni 2000 in keinem direkten Zusammenhang mit der rechtsradikalen Szene. Inzwischen sind die Ermittlungeneingestellt, denn der "psychisch kranke" Schütze Berger ist letztlich tot.

Faschistische Mörder

Die Rolle Bergers, in dessen Wohnung sich ein Waffenlager befunden hatte, über dessen Waffenbesitz die Verfassungsschützer schon lange im Vorfeld der tödlichen Schüsse gewusst hatten, der Mitglied der rechtsextremen DVU und der Republikaner gewesen war und mit der NPD sympathisierte, erinnert stark an die Kay Diesners, Mitglied des neofaschistischen Weißen Arischen Widerstands, der 1997 einen Polizisten erschoss, nachdem er den linken Buchhändler Klaus Baltruschat bei einem Überfall verletzt hatte. Die zunehmende Militanz und der Aufbau terroristischer Strukturen von Neonazis werden von staatlichen Stellen vertuscht oder heruntergespielt. Erinnert sei auch an die Brandstifter und Mörder von Solingen, die unter Leitung des Verfassungsschutz ein staatlich finanziertes Training in der Kampfsportschule Hak Pao absolvieren konnten, an den dreifachen Mörder und Neonazi Lemke von Gladbeck und Altena, der mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz in Verbindung stand, ein bekanntes Waffenlager unterhielt und enge Kontakte zu Neonazis pflegte, und schließlich auf die 15köpfige

Skinheadbande von Wuppertal - dabei der Multifunktionär von NPD und JN, der Stadtratsabgeordnete Thorsten Crämer -, die Besucher einer Gedenkveranstaltung am 9.7.2000 an der Gedenkstätte des ehemaligen KZ Kemna in Wuppertal überfielen. Antifas werden kriminalisiert Statt dessen werden Antifan-Gruppen und BürgerInnen, die sich dem verinnerlichten Schwur der befreiten Buchenwald-Häftlinge "Nie wieder Krieg - nie wieder Faschismus" verpflichtet fühlen und sich gegen rechte Gewalt in ihrer Stadt zur Wehr setzen, kriminalisiert. Das Vorgehen gegen den WR-Fotografen ist kein Einzelfall. Am 6.5. ging die Dortmunder Polizei mit Hunden gegen junge AntifaschistInnen auf dem Hauptbahnhof vor, während sie einer Gruppe Neo-Nazis mit verfassungsfeindlichen Symbolen ungehinderten Abgang vom Bahnsteig gewährte. Am selben Abend prügeln Polizisten auf einen ihnen verdächtigen Ausländer ein, was sie sich bei einem Bürger deutscher Nationalität wahrscheinlich nicht getraut hätten. Nicht zuletzt ist es die Politik eines Rüttgers "Kinder statt Inder", die dem rechten Rand signalisiert, dass ihre

Gewalt auf alles, was nicht deutsch ist, Berechtigung hätte. Unter dessen feiert die rechte Szene den Polizistenmörder. Die Trauerstätte in Dortmund-Brackel wurde geschändet. Unbekannte hatten die aufgestellten Holzkreuze umgestürzt, Blumen und Kerzen durcheinander geworfen, an einer Wand fand sich die Parole "Scheiß Bullen! Krepieren sollen sie alle! Elendig!".

Kameradschaft Dortmund
Mit einem Aufkleber "Berger war ein Freund von uns! 3:1 für Deutschland. KS Dortmund" wird die Tat durch die "Kameradschaft Dortmund" als Sieg für Deutschland gefeiert. Die Aufkleber sind auch auf der Demo gegen die neue Hundeverordnung am 22. Juli in Düsseldorf verteilt worden. Auf der Demo war auch eine Gruppe Neonazis um den Dortmunder Siegfried Borchardt ("SS Siggi"). Anhand der aktuellen rechtsextremistischen Ausschreitungen in Dortmund hat das Linke Bündnis Strafanzeige gegen die Kameradschaft Dortmund wegen Gewaltverherrlichung gestellt, die auch im Interesse der Stadt Dortmund liegen müsste. Daher erging an alle im Rat vertretenen Fraktionen sowie die Bürgerliste die Aufforderung, die

Strafverfolgung zu unterstützen.

Des weiteren fordern wir Polizei und Justiz auf, entsprechend den Gesetzen gegen Neonazis vorzugehen, die NPD als kriminelle terroristische Vereinigung aufzulösen und alle Verbindungen von Verfassungsschutzbehörden zu Neonazis zur "Informationsgewinnung" und "Lenkung" zu beenden, da diese nicht nur das Leben von PolizistInnen gefährden, sondern das aller BürgerInnen. Bisher gab es keine Reaktionen vom Oberbürgermeister Langemeyer oder anderen Ratsmitgliedern dazu. Wahrscheinlich beruft sich der OB wieder darauf, dass es sich bei "der Stadt Dortmund ... um ein Organ der kommunalen Selbstverwaltung und nicht um eine Verfassungsschutzbehörde" handelt, wie es bei Stellungnahmen zu rechtsradikalen Übergriffen oder zur Entschädigung von ZwangsarbeiterInnen geschehen ist. Die Strafanzeige des Linken Bündnisses Dortmund führte die Polizei immerhin zu Michael Krick, in

dessen Wohnung 30 dieser Aufkleber und auch 20 Flugblätter mit der gleichen Aufschrift gefunden wurden. Krick, führender Kopf der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF), ist den Verfassungsschutzern seit Jahren bekannt. Im Mai 1993 war er an einem Überfall auf ein Jugendzentrum in Aurich beteiligt, Oktober 1993 leitete er einen Überfall auf ein Flüchtlingswohnheim in Hamm. Ende Mai 1995, Anlass war ein Ermittlungsverfahren seitens der Bundesanwaltschaft wegen des Verdachts der "Unterstützung der versuchten Gründung einer terroristischen Vereinigung", wurde er zusammen mit den deutschen Aktivisten Andree Zimmermann, Michael Petri, Thomas Kubiak, und Melanie Dittmer in Rotterdam verhaftet, nachdem sie auf den Stufen des Rathauses eine Fahne mit einem Keltenkreuz ausrollten. Am 30.3.1996 ist er bei einer Demonstration in Leerdam zu finden, wo er unter anderem mit Constant Kusters, Eite Homan, Bernd Stehmann, Andree Zimmermann und Thomas Kubiak (SAF)

marschiert.

Am 22.11.1997 kamen auf der Bundesautobahn 1 bei Vechta drei der wichtigsten Nazi-Kader bei einem Autounfall ums Leben, die beiden Kader der "Sauerländer Aktionsfront" (SAF), Andree Zimmermann und Thomas Kubiak (beide aus Winterberg), sowie Harald Theodor Mehr vom Lüdenscheider "Donner-Versand". Die Beerdigungen der nach ihrem Tod von "Nationalisten" bzw. "Nationalen Aktivisten" zu "Nationalsozialisten" beförderten Nazis fand am 27.11. in Lüdenscheid (Mehr) bzw. in Winterberg (Kubiak und Zimmermann) statt. Thomas Wulff hielt die Grabreden in Winterberg und würdigte die Taten der beiden "SA-Männer" Kubiak und Zimmermann, die jetzt an die Seite des "Führers" getreten seien. Wegen der Grabbeigabe in Form einer Reichskriegsflagge und einer Hakenkreuzfahne musste der SAF'ler Michael Krick hinter Gitter.

Astrid Keller und
Frank Niermann

DEN BRAUNEN TERROR STOPPEN - ABER WIE ?

Am 2. September 2000 führten verschiedenen Organisationen, AFB, DKP, MLPD, Frauenverband Courage, antifa x, Bergarbeiterinitiative AUF und Internationaler Freundschaftsverein (IFV) auf dem Recklinghäuser Altstadtmarkt eine Kundgebung gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und rechte Gewalt durch. An der Kundgebung nahmen etwa 60 Personen teil.

Der Vertreter des AFB hielt dabei die folgende Rede:

„In diesen Tagen wird - auch in Recklinghausen - über das Verbot faschistischer Organisationen diskutiert, auffallend ist dabei, dass hier wie anderswo mit allen Mitteln versucht wird, das WORT FASCHISMUS zu vermeiden. Es ist was faul an dieser Debatte. Wie ist das erklärbar, dass zur Zeit jeder noch so kleine Verein ankündigt, etwas gegen

„Rechtsextremismus“ tun zu wollen ?

Wie ist das zu erklären, dass der Chefredakteur der RZ, Axel Westenberger, in seinem Kommentar davon spricht, dass

„jetzt also auch bei uns“ Rechtsextreme ihr Unwesen treiben.

Derselbe Herr, der noch vor wenigen Monaten die schändlichen Störmanöver der NPD anlässlich der Eröffnung einer VHS-Ausstellung über Zwangsarbeiter kommentiert hatte.

So vergesslich kann doch ein Chefredakteur einer angesehenen Tageszeitung nicht sein, dass er nicht mehr weiß, wie oft in den vergangenen Jahren faschistische Tätigkeit im Kreis Recklinghausen in die Schlagzeilen geriet.

NPD, Republikaner, seit dem vergangenen Jahr auch die DVU, die Deutsche Liste in Herten, die FAP bis zu ihrem Verbot, zwei großangelegte Polizeirazzien gegen die „freien Kameradschaften“ als Nachfolgestruktur der FAP, eine antifaschistische Demonstration 1987 gegen ein geplantes bundesweites Nazi-Skinhead-Treffen in Recklinghausen, die nach wie vor in RE erscheinende braune Vertriebenzeitung „Der

Schlesier“ - alles vergessen ?

Es ist was faul an dieser Debatte, die den Eindruck erweckt, der braune Terror habe erst mit dem Handgranatenschlag in Düsseldorf begonnen - und dies angesichts der Tatsache, dass seit Jahren kein einziger Tag vergangen ist, an dem nicht irgendwo in Deutschland eine fremdenfeindliche oder antisemitische Tat begangen worden ist.

Auf der Linie dieser meines Erachtens bewussten Heuchelei liegt auch die Vermutung des Vizebürgermeisters dieser Stadt, bei den Hakenkreuzschmierereien anlässlich des Heß-Todestages handele es sich weniger um gezielte Aktivitäten rechtsradikaler als um „eine Tat normaler Krimineller, die in der Nacht zum Donnerstag im Telekom-Shop eine Scheibe einschlugen und die Handy-Auslage raubten.“

Es ist was faul an einer Debatte, in der sich der CDU-Rechtsaußen Beckstein, der wie sein geistiger Bruder, SPD-Kollege Schily, für die Abschaffung des Asylrechts eintritt, plötzlich für ein Verbot von Nazi-Organisationen, und zwar NPD, DVU und Republikaner, einsetzt.

Es ist was faul an einer Debatte, in der sich zwar fast alle zu Wort melden, an den antifaschistischen Demonstrationen aber nicht etwa hundertausende, sondern in der Regel die wenigen tausend schon seit langem aktiver AntifaschistInnen teilnehmen. Im Vergleich dazu sei nur daran erinnert, dass kurz zuvor gegen die

Kampfhundeverordnung zehntausende auf die Straße gingen, an der in RE gegründeten Bürgerinitiative beteiligten sich mehrere hundert Menschen.

Es ist etwas faul an einer Debatte, in der unser höchster Würdenträger, Kanzler Gerhard Schröder, den braunen Terror mit den Worten umschreibt, es müsse hart vorgegangen werden gegen

„diese Menschen, die Gesetze übertreten und Gewalt anwenden“.

Was ist faul an dieser Debatte ?

Faul ist, dass sie die Diskussion auf die Gewalt reduziert, die Auseinandersetzung mit dem faschistischen Gedankengut aber bewusst nicht führt. Und dies aus gutem Grund, denn allzu schnell würde auffallen, dass ein großer Teil der Forderungen der Faschisten längst Teil der Politik von CDU, SPD und anderen

„demokratischen“ Kräften ist, dass die rassistische Politik dieses Staates gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern sich von der nackten Gewalt der Nazis nur in der Form, nicht aber in der Nachhaltigkeit und erst recht nicht in der Zielsetzung unterscheidet.

Was unterscheidet die Parole „Ausländer raus“ der Nazis von der staatlichen Anordnung, binnen eines Jahres müssen alle Menschen aus dem Gebiet des ehemaligen Jugoslawien außer Landes geschafft werden.

Ist der Nazi-Skin, der im Kampf um „deutsche Arbeitsplätze für Deutsche“ den Angolaner erschlägt, wirklich soweit entfernt von dem deutschen Konzern, der im Kampf um den

„Wirtschaftsstandort Deutschland“

Anzeigen

Attatrol
Buchladen GmbH

Herner Str. 16
45657 Recklinghausen

Tel. 02361/17002
Fax 02361/27040

Partner der
Büchergilde

Öffnungszeiten: Mo-Fr 9.00-18.30, Sa 10.00-15.00



BUCHLADEN

TARANTA BABU

* LITERATUR AUS ALLER WELT • SOZIALPÄDAGOGIK
• SOZIALWISSENSCHAFTEN • KOMMUNIKATIONS- UND
SPRACHWISSENSCHAFTEN • MEDIEN-PSYCHOLOGIE •
• ÖKONOMIE • POLITIK • GESCHICHTE • FRAUEN • MÜTTER • KINDER • VÄTER •
• MÄNNER • GROSSES ANGEBOT AN ZEITSCHRIFTEN UND PERIODIKA

Öffnungszeiten: Buchladen 10.00 - 18.30 Sa. 10.00 - 14.00
Literaturkaffeehaus: 10.00 - 24.00 (Dienstags Ruhetag)
44137 Dortmund, Humboldtstr. 44, Tel: 0231-14 16 09

Wir bestellen jedes herfordere Buch



den Menschen in Afrika, Asien, Lateinamerika die Lebensgrundlagen raubt?

Deutsche Konzernchefs sprechen mittlerweile unverblümt von „Krieg“, den sie um Rohstoffe und billige Arbeitskräfte führen, und ihr ganzes Bestreben geht dahin, die Belegschaften und die Öffentlichkeit hinter sich zu bringen. Die Konkurrenz, besser das Aufhetzen der Arbeiter gegeneinander, ist ein wesentliches Element in diesem Krieg - kein Wunder, dass der Kampf um den besten Platz dabei auch mal mit gewalttätigen Mitteln geführt wird. Die seit Jahren auf relativ gleichem, hohem Niveau stattfindende faschistische Gewalt ist kein letztes Aufbäumen ewig Gestriger, sie hat ihre Wurzeln in den Widersprüchen der heutigen Gesellschaft. Sie ist eine Folge der tiefgreifenden Krise des kapitalistischen Gesellschaftsmodells.

Aber Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sind keine „Notwehrreaktionen“, zu denen es keine Alternative gäbe. Der Erfolg der NPD ist unterstützt worden durch einen jahrelang geförderten staatlichen Rassismus, der mit Slogans wie „Das Boot ist voll“,

herbeigeführt durch eine jahrelange nationalistische Politik der Gewerkschaften, die nach wie vor die Standortpolitik ihrer Konzernchefs betreiben, statt eine internationale und antirassistische Sozialpolitik zu betreiben.

Kein Wunder daher, dass nach einer jüngst veröffentlichten Langzeitstudie von Ahlheim/Heger zur Fremdenfeindlichkeit in Deutschland von 1980 - 1998 in Ostdeutschland 53 % der Erwerbslosen und in Westdeutschland 37 % von ihnen eine „fremdenfeindliche Einstellung“ haben. Die Studie betont, dass mit der Debatte um die Zukunftssicherung des „Standorts Deutschland“ eine Sichtweise gefördert worden sei, bei der „Fremde und Ausländer vor allem als störende, lästige und bisweilen kostspielige Mitbewerber um Wohlstand, Arbeit und Wohnung“ wahrgenommen werden.

Die heutigen Neonazis greifen diese Debatte nur dankbar auf, ihre Parolen haben längst den Klang des ewig Gestrigen hinter sich gelassen. Wenn die NPD im Wahlkampf fordert „Vorwärts im Kampf gegen die Macht der herrschenden Politiker! Jetzt die antikapitalistische

kann. Es nutzt uns wenig, wenn wir nur den Nachweis führen, dass dieser „Antikapitalismus von rechts“ zutiefst verlogen, zutiefst antidemokratisch und antiliberal ist.

Wir haben zur Kenntnis zu nehmen, dass entgegen aller zur Zeit stattfindenden Bekämpfungsbeschwörungen es in dieser Gesellschaft einen herrschenden Konsens gibt, der in der nationalen Standortlogik seinen Kern hat.

Deshalb treten wir ein für eine Politik der internationalen Solidarität und Völkerfreundschaft. Deshalb fordern wir von den Gewerkschaften eine radikale Umkehr hin zu einer Politik, die in ihren sozialen und politischen Forderungen auf eine gemeinsame Kampffront fremder und deutscher Arbeitnehmer, auf eine internationale Sozialpolitik auf europäischer und globaler Ebene orientiert.

Der Kampf gegen Neofaschisten, gegen Fremdenfeindlichkeit und gegen eine inhumane Asylpolitik darf nicht länger von kleinen spezialisierten Initiativen und Verbänden geführt werden, er muss von allen demokratischen Kräften geführt werden.

Der Staat muss vor allem die Möglichkeiten der Betroffenen, sich selbst zu verteidigen, fördern, er muss antifaschistische und antirassistische Initiativen fördern, die permanente Behinderung solcher Initiativen, die Kriminalisierung antifaschistischer Gegendemonstrationen und die Bagatellisierung faschistischer Straftaten müssen umgehend gestoppt werden.

Die antifaschistische Tätigkeit muss als demokratische Selbstverständlichkeit gewürdigt werden und jede Diffamierung oder sogar Gleichsetzung mit faschistischer Gewalt muss beendet werden

Für Demokratie und Völkerfreundschaft!



Unterstützte die Kundgebung: Grup Simko

Foto: AFB

„Asylantenschwemme“, „durchrasste Gesellschaft“ und zuletzt „Kinder statt Inder“ verbreitet wurde. Der Erfolg der neuen Nazis ist mit

Wirtschaftsordnung schaffen“, dann ist genau dies die Grundlage, auf der auch heute wieder eine faschistische und völkische Massenbewegung erzeugt werden

KUNDGEBUNG ZUM INTERNATIONALEN ANTIKRIEGSTAG 2000

Am 1. September 2000 führte der Internationale Freundschaftsverein (IFV) auf dem Recklinghäuser Altstadtmarkt eine Kundgebung durch. Öznur Sezgin vom Vorstand des IFV hielt dabei die folgende Rede:

„Heute vor 61 Jahren überfiel Hitlerdeutschland Polen und entfesselte damit den in der bisherigen Geschichte größten Völkermord.

Damals tönte es aus den Ätherwellen des „Volksempfängers“: „Ab 5.45 wird jetzt zurückgeschossen“.

Selbst der deutsche Faschismus, dessen Kriegsvorbereitungen schon Jahre zuvor offen zutage getreten waren, wie der Anschluss Österreichs oder die Besetzung des Sudetenlandes deutlich genug bewiesen hatten, brauchte die Propagandalüge: Es wird „zurückgeschossen“, das hieß: Die anderen haben angegriffen, wir haben uns nur gewehrt.

Noch heute werden sogenannte Historiker wie Ernst Nolte nicht müde zu behaupten, der gesamte

2. Weltkrieg sei nur eine Antwort Hitlers auf die Bedrohung durch die bolschewistische Gefahr gewesen.

Wie auch die Nazis nie müde wurden zu behaupten, die Vernichtung des Judentums sei notwendig, sonst würde „der Jude“ das deutsche Volk vernichten.

Zu allen Zeiten wurden die tatsächlichen Ursachen von Kriegen verschleiert und Propagandalügen entwickelt, die entweder die Notwehr oder aber die moralische Berechtigung zur Rechtfertigung des Krieges heranzogen. Kein einziger Kriegsherr in der bisherigen Geschichte hat offen zugegeben, dass er den Krieg zur Ausdehnung der eigenen Macht führt.

Und daran hat sich bis heute nichts geändert.

Auch der jüngste deutsche Krieg, die Beteiligung am NATO-Krieg gegen Rest-

Jugoslawien, wurde mit der angeblichen Verteidigung der Menschenrechte gerechtfertigt, Milosevic auf eine Stufe mit Hitler gestellt, seine Politik der ethnischen Vertreibungen auf eine Stufe mit der Vernichtung des Judentums.

Das alles diente nur zur Beruhigung der Bevölkerung, deren größter Teil mit Sicherheit nach wie vor gegen eine deutsche Kriegspolitik eingestellt ist.

Doch so wenig, wie der Jugoslawienkrieg vom Himmel

gefallen ist - er hatte seine Vorbereitung in vielen militärischen Aktionen auf kleinerem Niveau - ,so wenig ist er ein einmaliger „Ausrutscher“, der - wie immer wieder behauptet wird - die Ausnahme bleiben wird.

Wer die Dokumente über die neue NATO-Strategie studiert, wer die Schriften der Bundeswehr aufmerksam liest, wird schnell feststellen, dass der nächste Krieg mit deutscher Beteiligung schon jetzt vorbereitet wird - auch wenn



Mitglieder und Freunde des IFV

Foto: Z. Ulurak

sein genaues Szenario noch nicht festgelegt ist.

Er wird sich entweder in den Kaukasusrepubliken zur weiteren Absicherung der Ausbeutung des kaspischen Öls entwickeln, er wird sich möglicherweise im mittleren Osten zur endgültigen Ausschaltung sogenannter Schurkenstaaten wie des Irak und damit ebenfalls zur Absicherung des Rohstoffs Öl abspielen oder er wird sich an irgendeinem Punkt der Welt im Kampf gegen den sogenannten Terrorismus - im Klartext: zur Vernichtung von Volksbefreiungsbewegungen - entwickeln.

Die deutschen Kriegsziele liegen deutlich zutage

Schon heute geht die politische Führung in unserem Land davon aus, dass der Kampf um die Ölreserven im Kaukasus über kurz oder lang zu militärischen Auseinandersetzungen mit Russland führen kann. Die russische Drohung, Atomwaffen einzusetzen, wird sie nicht davon abbringen, ihre Interessen im Kaukasus Schritt für Schritt voranzubringen.

So ist der Bau der Pipeline von Baku zum türkischen Mittelmeerhafen Ceyhan direkt gegen die Interessen Russlands gerichtet. Entlang der neuen Trasse sollen Handelsstraßen, Eisenbahnlinien und ein Luftkorridor entstehen, der die kaukasischen Staaten dem Einfluss des NATO-Bündnisses direkt unterstellt.

Überhaupt sind in Deutschland zivile und militärische Nutzung der Luftfahrt traditionell eng verknüpft:

Am 10. Juli ging die 'European Aeronautic Defense and Space Company' an die Börse, ein

Zusammenschluss der deutschen DASA, der französischen Aerospatial Matra und der spanischen CASA.

Der neue Konzern EADS ist das weltweit drittgrößte Luft- und Raumfahrtunternehmen, bei Zivilflugzeugen die Nummer 2 und bei militärischen Transportflugzeugen die Nummer 3. Mit 'Eurocopter' führt EADS auf dem Hubschraubermarkt.

Kein Wunder, dass Eurocopter im März stocksauer reagierte, als die Türkei den geplanten Kauf von 145 Kampfhubschraubern NH 90 nicht, wie erhofft, tätigte.

Aerospatial Matra machte die deutsche Kritik an den Menschenrechtsverletzungen in der Türkei dafür verantwortlich.

Diese Schlappe wollte der Sicherheitsrat des deutschen Bundestages schnell wieder gut machen, als er in diesen Tagen der Lieferung einer Munitionsfabrik in die Türkei zustimmte.

Der Lieferung von 1000 Leopard 2 Panzern kam man damit wieder einen Schritt näher.

Die Vorbereitung eines neuen Krieges muss auch innerhalb der Truppe erfolgen

Ein Mittel dabei ist die Traditionspflege, durch den erneuten Versuch, die faschistische Wehrmacht zum Vorbild der Bundeswehr zu machen. So stellt sich in der Zeitschrift „Der deutsche Fallschirmjäger“ in Nr 4/99 der Brigadegeneral a.D. Dr. Günter Roth die Frage, „ob eine Einsatzarmee ihre Kampfaufträge erfüllen kann, ohne auf die zeitgemäße

Umsetzung der militärischen Erfahrungen der Wehrmacht (...) zurückzugreifen.“

In den „Informationen für die Truppe“ beklagt ein Oberst Klein: „Die öffentliche Diskussion über die Wehrmacht hat hat vielfach die Perspektive auf die Frage der Kriegsverbrechen verengt.“

Vor diesem Hintergrund wundert es nicht, dass die Diskussion über „Rechtsextremismus in der Bundeswehr“, die 1997/98 aufflammte, wieder völlig verstummt ist.

Dabei hat die Gewaltbereitschaft der neuen Truppe seit dem Krieg auf dem Balkan schlagartig zugenommen, wie die Fernsehbilder vom Einsatz in Kosova gegen 2 Serben zeigte, die von 220 Schüssen durchsiebt wurden. Leutnant David Ferk, der den Schießbefehl gegeben hatte, wurde anschließend mit der höchsten Auszeichnung, dem Ehrenkreuz der Bundeswehr in Gold, geehrt.

Ferk damals: „Ich habe nicht getötet, weil ich es wollte, sondern weil ich es musste - und glatt getroffen. Wenn schon, denn schon.“

Auch die Äußerung des Fallschirmjägers Patrick Braun, 26, aus Wiesbaden, machte die neue, von moralischen Bedenken nicht getrübbte, Haltung in der Truppe deutlich. Braun: „Ob mein Großvater auf dem Balkan Gräueltaten verübt hat, ist mir Banane; ich bin hier die Friedensmacht“.

Na dann, in diesem Sinne: Auf zum nächsten Friedenseinsatz im Kaukasus.

**Öznur Sezgin
(IFV Recklinghausen)**

Jan Petersen

Unsere Straße

Eine Chronik.

**Geschrieben im Herzen
des faschistischen Deutschland**

Sonnabend, den 21. Januar 1933

Ich gehe abends mit meinen Genossen Richard Hüttig und Franz Zander durch die Wallstraße. An der Berliner Straße bleiben wir stehen. Grelle Tiefstrahlerlampen hängen über uns. Straßenbahnen und Autos fahren ununterbrochen vorbei.

„Da kommt wieder ‘n Schwung“, sagt Richard und stößt mich an. Drei offene verstaubte Lastwagen kommen von links. Sie rollen langsam durch den Lichtkreis der Tifstrahler. Braune Uniformen stehen dichtgedrängt in den Wagen. Die Lichtkegel der Lampen reißen sekundenlang einige frische Gesichter heraus. Sie sehen neugierig zu uns herüber. Staunen über die große Stadt steht in den Gesichtern. Richard liest die Nummer am letzten Wagen. „Alle von außerhalb, die fahren den letzten Mann!“ sagt er.

Franz Zander nickt. „Alles Bauernjungs.“

Er lehnt den Rücken an den Laternenpfahl.

„Ich habe bei Bauern gearbeitet - früher war’s der Stahlhelm, jetzt die SA. Sonst gibt’s keine Arbeit.“

Ein offener Personenwagen fährt vorbei. Auf den einmontierten Klappsitzen sitzen sechs braune Uniformen.

„SA-Bereitschaftswagen!“ sagt Richard.

Das Nazihauptquartier, die Hohenzollernfestsäle, liegt nur einige Querstraßen entfernt. In regelmäßigen Abständen kontrollieren ihre „Flitzer“ die Straßen. Die Polizei durchsucht sie nie auf Waffen.

„Gehn wir“, sagt Franz kurz und dreht sich um.

Die Wallstraße liegt mit ihren engen Häuserreihen wie eine lange, graue Schlucht vor uns. Spärliche Gaslaternen geben nur Dämmerlicht. In einer Haustornische stehen drei

Schupos. Sie haben die Sturmriemen unter dem Kinn. Karabinerläufe ragen über ihre Schultern.

„Verstärkte Posten“, sagt Franz.

In allen Haustüren stehen Menschen. Sie sprechen leise, als könnten sie jemand aufwecken. Wir nicken ihnen zu. Richard legt zwei Finger an den Mützenschirm, als schreite er die Front seiner Häuserschutzstaffeln ab. In der Mitte macht die Straße einen scharfen Knick. Hier ist eine große Lücke in der Häuserreihe. Ein Gerümpelplatz mit schmutziggrauem Zaun. Unsere politischen Parolen, zerfetzte Plakate eines Wanderzirkus überziehen ihn bunt. Dicht daneben steht das Charlottenburger Elektrizitätsumformerwerk. Ein großes, modernes Gebäude aus rotem Backstein. Niedrige Holzhäuser ziehen sich an der linken Seite des Weges entlang. In allen Fenstern brennt noch Licht. Es sind Notstandsbaracken, in den Jahren größter Wohnungsnot erbaut. Sie sind Dauerwohnungen geworden. Fast alle Mieter sind arbeitslos.

Richard bleibt plötzlich stehen. Er sieht zu dem frei stehenden Giebel hinauf, der links von den Baracken steil in den Himmel wächst. Still ist es ohne unseren Schritt. Unheimlich still. Nur das dumpfe Summen der Tag und Nacht laufenden Maschinen kommt aus den riesigen Fenstern des Umformerwerkes herüber.

„Dauertransparent“, sagt Richard.

Hoch am Giebel stehen große Buchstaben:

„Antifaschisten ! Wählt Liste drei. KPD. Rot Front !“

Richard und Ede ! Ede, der Kletterkünstler unseres Bezirks, nachts auf dem schwankenden Brett am Seil vom Dach heruntergelassen, um unsere Wahlparole zu malen - dort wagt sich die Polizei auch am Tage nicht hinauf, trotzdem ihr die Worte wie Pfeffer in den Augen brennen.

Die beleuchteten Fensterreihen neben dem Giebel scheinen halb frei in der Nacht zu hängen. Eine Gasexplosion rasierte vor Jahren das Vorderhaus neben dem Giebel weg. Übrig blieb als klägliches Rest nur der Hauseingang. So wurden die abgeplatzen Wände der Hinterhöfe der Straße zugekehrt. Wir sehen die paar Möbel hinter den Fenstern; Leinen, auf denen Wäsche trocknet.

Das Lokal Werner, im Haus neben dem Giebel, ist unser Verkehrslokal. Wir gehen hinüber. Ein Doppelposten steht davor.

„Rot Front!“ - „Rot Front!“ In der Schaufensterscheibe sind kleine runde Löcher. Revolverschüsse des SA-Sturmes 33. In der oberen Hälfte der Scheibe stecken runde Messingknöpfe. Die Versicherungsgesellschaft hat die Scheibe schon mehrmals reparieren lassen.

„War was Besonderes?“

„Nein, Genosse Hüttig, nur der Polizeiflitzer ...“ Der Posten verstummt, nickt mit dem Kopf zum Knick der Straße hin. Einen Augenblick blendet uns Scheinwerferlicht. Langsam fährt das Auto vorbei. Glänzende Tschakos. Die Karabiner dazwischen.

„Sie waren inzwischen zweimal hier; Waffendurchsuchung...bei uns!“ sagt der Posten spöttisch.

Richard zieht die Tür auf. Stimmengewirr schlägt uns entgegen. Vom Schanktisch nickt uns der dicke, weißbärtige Wirt zu. Seine Frau spült mit hochrotem Gesicht Gläser. An der Decke hängen Rauchschwaden. Spannung füllt den Raum, meine Nerven reagieren sofort. Um den großen Mittelstisch steht eine erregte Gruppe. „...morgen ist Generalprobe für die Nazis - ob die Sozialdemokraten - -“,

„Ich habe mit vielen gesprochen, sie sind morgen bei uns, auf der Straße“, sagt Franz ruhig.

„Seit dem 20. Juli, an dem die Preußenregierung gewaltsam aufgelöst wurde, begreifen viele - -“, „Vom Begreifen bis zum Kämpfen...“

Der „Konfektionär“ zieht eine Zeitung aus der Tasche. Er ist Verkäufer bei der Konfektionsfirma Brennickmeyer, muß immer „gut angezogen“ gehen.

„...es ist zu hoffen, daß der Polizeipräsident noch in letzter Stunde den Ernst der Lage erkennt...“ - „Ab der Bart! Meine sozialdemokratischen Kollegen haben auch darüber gelacht. Sie treffen sich morgen mit

mir!“

Ich sehe über seine Schulter in die Zeitung. Ein Photo des Karl-Liebknecht-Hauses, darüber in großen Buchstaben: „SA-Aufmarsch auf dem Bülowplatz! Und das soll keine Provokation sein?“ Hinter uns fliegt die Tür mit lautem Knall auf. Wir fahren herum. Ein junger Genosse lehnt sein Fahrrad gegen das Schaufenster, kommt herein.

„Zu dem Genossen Franz“, sagt er.

Der nickt. „Ist richtig.“

„Kurier der UBL.“

Der Junge kramt einen zusammengefalteten Zettel aus der Tasche. Die Tür klappt darauf wieder hinter ihm zu. Alle Gespräche sind verstummt. Aller Augen hängen an dem weißen Zettel.

Franz nickt mir und Richard zu. Er geht vor uns her, wiegt die breiten Sachultern. Muskelknoten haben wir ihn mal getauft.

Wir gehen ins anstoßende Zimmer.

Franz reicht uns den Zettel.

„Anweisung für morgen. Du hast ja für deine Häuserschutzstaffeln schon Bescheid, Richard.“

„Ja, - Ich muß jetzt auch gehen.“ Richard drückt uns fest die Hand. Franz ruft die Genossen einzeln herein. Eine Runde ernster Gesichter. Franz sieht sie der Reihe nach an, als wolle er jeden auf seine Zuverlässigkeit prüfen. Seine Stimme ist betont ruhig.

„Ich brauche nicht viel Worte zu machen, Genossen. Wir dürfen Berlin den Faschisten nicht kampfflos überlassen. Ich gebe den Gruppenführern nachher den Treffpunkt für morgen bekannt. Wir gehen von verschiedenen Punkten, in losen Gruppen. Sorgt dafür, daß alle pünktlich und vollzählig da sind. Bleibt auch heute Nacht in Alarm. Schlaft zu dritt, zu fünft. Die Arbeiterbevölkerung erwartet unsern Schutz. -

Alles klar?“

Ein stummes Kopfnicken reihum. Das Zimmer l e e r t s i c h .

Wir verlassen als letzte das Lokal. Franz, Rothacker, der Konfektionär und ich. Unsere Schritt hallen von den Häuserwänden. Hofalarm - Verteidigungsstellung. Wenn es morgen zu blutigen Zusammenstößen kommt, müssen am Montag die Betriebe stehen. Die Besten sind freilich längst rausgeflogen. Franz, Rothacker, viele.

Wir gehen in Rothackers Haus. Der geht hinauf. Vom Rathausturm kommen die Stundenschläge

und ertrinken zwischen den Mauern. Der Polizeiflitzer fährt noch immer umher. Sein Scheinwerfer reißt für Sekunden die Straße auf - verschwindet. Ein Auto hupt verschlafen, ab und zu rattern Lastautos. Die Braunen rollen immer noch in die Stadt!

Rothacker ist wieder da. Er steht neben Franz. Der kleine Angestellte scheint im Zwielicht noch mehr zusammengeschrumpft zu sein, nur die Nickelbrille steht groß in seinem Gesicht. Wir hören ihn leise und stockend reden.

„Franz. Falls mir morgen etwas passiert - ich habe keine Angst...“

Er atmet tief aus.

„...um Else und das Kind kümmerst du dich - nicht wahr?“

„Mach keine Geschichten, Erich. So schlimm wird's nicht.“

Wie Franz das sagt. Er glaubt selbst nicht an seine Worte.

„... Na, falls, darauf kannst du dich verlassen!“

Ich sehe, wie ihm Rothacker die Hand drückt.

Wir gehen langsam durch die Straßen. Ich habe Käthe am Arm, mein Mädels. Sie hat ihr neues, dunkelblaues Kleid an. Franz, ihr Bruder, geht vor uns. Auch er hat Hilde eingehakt. Wir sind fast alle sonntäglich gekleidet.

Berlin ist über Nacht ein Heerlager geworden. Polizeistreifen zu sechs und acht Mann gehen an uns vorbei. Die Karabiner über den Schultern, die Sturmriemen der Tschakos unter dem Kinn. Vor jedem dritten Haus steht ein Doppelposten.

„Fünzehntausend sind aufgeboden“, sagt Rothacker leise.

Wir kommen nach Moabit. Der „kleine Tiergarten“ ist eine Aufmarschstelle der SA. Der Platz ist von einer doppelten Schupokette abgeriegelt, dahinter stehen SA-Gruppen. Aus den Nebenstraßen kommen Trupps der Braunen, von Polizei flankiert. Berittene Polizei hält den Parkeingang besetzt. Überfallwagen fahren an uns vorbei. Ihre Seitenklappen sind heruntergelassen, absprungbereit. Wir tauchen in den Strom der „Passanten“ unter, lassen uns langsam vorwärts schieben. Die Bürgersteige sind schwarz vor Menschen. Bloß nicht den Zusammenhang verlieren! Doch dort sind die anderen, Franz, Ernst, Paul, Borstentolle. Plötzlich kommt über den Platz eine Sprechsalve: „Nieder mit den braunen Mordbanditen! Nieder! Nieder! Nieder!“

Die Berittenen reißen ihre Pferde herum, die

Polizei läuft in Schwarmlinien auf die Bürgersteige zu. Hart und verbissen stehen die Gesichter unter den Tschakos, die Karabiner sind umgedreht.

„Weitergehen! Auseinander! - Auseinander!“ In das Klatschen der Schläge fallen Schreie: „Pfui! - Pfui!“

Ich sehe Käthe an. Ihr Gesicht steht klein und blaß im Fellkragen. Die Polizei preßt die Menge auseinander. Links von uns führen zwei jungen Arbeiter zu einem in der Nähe haltenden Lastwagen. Er läuft tiefgebückt, sie haben ihm die Arme auf den Rücken gedreht. Und sie schlagen ihn immer noch!“

„Die Hunde - dazwischengehen, dazwischen!“ keucht Rothacker.

Ich packe seinen Arm. „Hierbleiben. Darauf warten sie nur!“

Von der anderen Straßenseite kommt Gesang herüber. Die Internationale! Das Lied zerflattert, geht in wildes Geschrei über. Der braune Zug setzt sich jetzt in Bewegung. Eine doppelte Kette Polizei läuft neben ihm her. Die SA-Flügelmänner fallen mir auf. Durchweg stämmige Burschen! Ihre Hosentaschen stehen prall und mit spitzen Kanten ab. Waffen! Sie singen: „Die rote Front, schlägt sie zu Brei: SA marschiert, Achtung, die Straße frei!“

Rufe decken das Lied zu: „Rot Front! Nieder! Nieder!“ Ein Signalpfeif. Die Polizeikette läuft wieder auf uns zu. Mit den Kolben schlagen sie jetzt! Wir werden an eine Hauswand gedrückt, viele flüchten in die Tore. Dort, rechts! In dem Wirrwarr läuft eine Arbeiterfrau durch die Polizeikette. Sie bleibt vor dem braunen Zug stehen, wirft die Arme in die Luft und schreit gellend: „Ein Zug Gefangener! Schickt doch mal die Polizei nach Hause - ihr Helden!“

Ich sehe noch, wie sie abgeführt wird.

Langsam nähert sich der Zug dem Stadttinnern. Die Menschen auf den Bürgersteigen werden immer mehr. Aus den Fenstern schreien sie: „Arbeitermörder! Arbeitermörder!“ Ein Blumentopf fliegt plötzlich durch die Luft, in den braunen Zug hinein. Drei Schupos stürmen in das Haus. Die Polizei dreht die Karabinerläufe gegen die Wohnungen. „Fenster zu! Fenster zu!“ Grelles Pfeifen kommt von dort, doch die meisten Fenster klappen zu. Plötzlich stockt unser Zug auf dem Bürgersteig. Ruckt noch ein paar mal, wie ein anfahrens Auto, dessen Motor sich abwürgt, steht dann endgültig. Vorn winken sie mit den Händen. Zurück! Zurück!

Ich klettere auf einen Mauersims. Fünfzig Meter vor uns ist die Straße in ihrer ganzen Breite mit schwarzen Tschakos gefüllt, durch die sich der braune Zug schiebt. Aus ! Abgeriegelt ! Da beginnt der Menschenhaufen auf dem Bürgersteig auch schon zu wanken. Die Polizei säubert die Straße ! Rothacker rudert erregt mit den Armen, auf seinem Gesicht sind rote Flecken.

„Was nun ? - Was nun ?“

„Zurück, dann durch die Nebenstraße weiter. Wir müssen in die Bülowplatzgegend kommen ! Verständige jeden von uns, den du siehst !“

Rothacker arbeitet sich nach vorn zu Franz und dessen Gruppe.

„Hintenrum - hintenrum !“ geht es flüsternd von Mund zu Mund. Die Polizei ist in unserer Höhe stehengeblieben. Sie richtet die Karabiner auf die Bürgersteige. Hinter ihrem Rücken ziehen die Braunen.

„Käthe !“

Sie sieht mich an. Kleine helle Fünkchen brennen in ihren Augen.

„Wenn sie uns anhalten, wir wollen zur Untergrundbahn, verstanden ? - Hast du Angst ?“

Käthe schüttelt den Kopf. Wir kommen an eine Straßenkreuzung. Die Polizei hält gerade den Demonstrationszug an, läßt den Verkehr durch. Wir laufen über den Fahrdamm, biegen mit verstreuten Gruppen in eine kleine Nebenstraße ein. Wo sind Franz, Rothacker, die anderen ? Verdammte, die Straßensperre ist wieder aufgehoben - sie sind zu spät an die Kreuzung gekommen. Wir müssen weiter ! Beklemmend ruhig ist die Straße hier. In den Fenstern liegen Leute. Gruppen stehen vor den Hautüren, unterhalten sich flüsternd. Aus der rechten Straßenseite kommt eine Schupokolonie im Laufschrift um die Ecke.

„Fenster zu ! Haustüren schließen !“ schreien sie.

Die Menschen sind verschwunden. Fenster klappen, das eilige Schnappen vieler Schlösser springt ins Ohr.

„Ruhig bleiben, weitergehen !“ flüstere ich Käthe ins Ohr.

Sie drückt meine Hand. Die Häuserwände werfen das Klappern der schweren Stiefel hell zurück - dann steht ein Gummiknüppel vor unseren Gesichtern.

„Zurück ! Vorwärts ! Laufen ! Zurück !“

In meinem Innern wird es ganz hart.

„Wir wollen zur Untergrundbahn“, sage ich ruhig.

Der Schupo sieht uns mit irren Augen an. Sein Gesicht ist schweißig und rot. Käthes scheinbare Gleichgültigkeit gibt wohl den Ausschlag.

„Da rechts - aber schnell - zur Straßenbahn - die Untergrundbahn ist gesperrt !“ sagt er mit flatternder Stimme. Dann rennt er weiter. Die Straßenbahn ! Daß ich daran nicht gedacht habe. An das Aufmarschgebiet heranfahren !

Die Bahn ist gestopft voll. Der Schaffner steht eingekeilt in der Wagenmitte, sieht wie wir alle durch die Scheiben. Die Männer am Ausgang geben abgerissen Bescheid. - - „Noch frei vorn ! - Ein Stück noch !“ - „Raus jetzt !“ schreit da jemand. Der Schaffner klingelt zweimal. Im Augenblick ist der Wagen leer. Wir gehen langsam die Straße hinauf. Mit uns Hunderte. Merkwürdig, nur vereinzelte Tschakos sind hier zu sehen. „Ernst Machnow - Fahrräder“, lese ich auf einem Schild der anderen Straßenseite. Der Name geht ein Stück mit mir mit. Ausgestorben scheint die Straße zu sein. Kein Mensch an den Fenstern. Vor den Schaufenstern der Läden sind die Jalousien heruntergelassen. Da ertönen Sprechchöre: „Nieder mit dem Faschismus !“ und dann dreimal: „Rot Front !“ Ich schreie, schreie - Käthe reißt an meinem Arm.

„Da ! - Da !“

Ich höre neben uns die Schaufensterscheiben hinter den Rolläden zittern. Am Rand der Straße taucht ein graues Ungetüm auf, kommt ratternd näher. Ein Panzerwagen ! Ich sehe in die Gesichter um mich. Kein neuer Ausdruck ist darin, ruhige Gelassenheit. Am Rinnstein steht ein Mann mit borstigem Schnurrbart - und lacht. Er hat die Hände in den Hosentaschen. Auch die um ihn lachen jetzt. Gellende, wie Messer schneidende Signalpfeife - der Panzerwagen fährt vorbei. Im Turm geht das Rohr des Maschinengewehrs hin und her, hinter den Schlitten stehen helle Streifen der Gesichter.

Vor uns rennen sie plötzlich. Polizeiattacken ? - Wo denn ? Nein ! Sie formieren sich auf dem Fahrdamm. Wir laufen. Viererreihen sind in Augenblicken da, wachsen. Jetzt nimmt der Zug schon die ganze Straßenbreite ein. Wir singen die Internationale ! Die enge Straße dröhnt. Neben Käthe marschieren ein Mann mit grauem Kinnbart. Er reißt den Mund weit auf, sein Körper fliegt im Takt des Liedes auf und ab. An seinem Rockaufschlag glänzt es metallisch hell. Drei Pfeile ! Das sozialdemokratische

Abzeichen. Unsere Blicke treffen sich. Wir singen immer noch. Der alte Genosse nickt mit dem Kopf vor und zurück. Jetzt sehe ich es: In den Reihen glänzen noch mehr Pfeile ! Ich freue mich, mir wird heiß, so freue ich mich. Ich stoße Käthe an. Sie versteht, lächelt. Wie lange marschieren wir schon - Minuten ? Es scheint bereits eine halbe Stunde zu sein. Vorn biegen sie in die Gormannstraße ein. Verkehrt ! Eine Sackgasse. Da kommt von der Zugspitze auch schon Lärm und Geschrei, dazwischen helles Peitschenknallen. Sie schießen ! Wir werden zurückgestoßen. Alles flüchtet in die Haustore, über die Bürgersteige. Zurück, nur zurück ! Käthe hängt schwer an meinem Arm, um Mund und Nase läuft ihr ein nervöses Zucken. Ich rüttele sie.

„Du ! Du ! - Keine Panik !“

Mit erzwungenen ruhigen Schritten gehen wir auf eine Haustüre zu. Die Schupokette ist bis auf fünf Meter heran, Pistolenläufe starren in die Luft, zwei, drei in die Menge. Ununterbrochen knallen die Schüsse. Der stumpfe Glanz des Metalls, die kleinen blauen Pulverwölkchen sind zum Greifen nahe. Seitwärts von uns greift ein Mann in einer blauen Jacke plötzlich in die Luft. Er dreht sich langsam auf dem Stiefelabsatz herum, schlägt lang auf den Asphalt. Dann haben wir die Haustür erreicht, werden hineingeschoben. Käthe drängt zur Treppe.

„Hierbleiben !“

Wenn sie hinterherkommen, sind wir ihnen oben erst recht ausgeliefert. Wir warten, warten. Hinter der Haustürscheibe rennt Polizei vorbei. Neben uns steht eine Frau mit einem kleinen Mädels an der Hand. Sie hält sich mit der freien Hand das Ohr zu, ihr Gesicht zuckt.

„... o Gott - o Gott - was soll das werden - soll das werden -“, wiederholt sie immerzu.

Draußen entfernen sich die Schüsse. Ich stelle mich vor die Haustür. Die Straße ist leer. Wir gehen.

Ein Schupoheer, mit Panzerwagen, mit Maschinengewehrnestern auf den Dächern, hält die Straße um den Bülowplatz für den braunen Aufmarsch frei.

Am nächsten Abend. Wir sitzen bei Frank Zander in der Stube. Hilde erzählt.

„Meine Mutter sagt, Felix ist den ganzen Tag rumgelaufen. Nachmittags kam er, legte sich auf Sofa. Da kommt ihn ein SA-Mann wieder holen. Antenne, sagt der, sofort zum Sturmlokal

kommen. Es sind neue Anweisungen da, der Sturmführer wartet. - Sie fühlen sich seit gestern, sage ich euch.“

Franz spielt mit den Troddeln der Tischdecke. Ich kenne Hildes Familie aus ihren Gesprächen genau. Kenne auch Felix, ihren Bruder. „Antenne“ nennt ihn der Sturm 33, weil er so groß ist. Er ist Truppführer. Die Trettins haben ganz in unserer Nähe, in der Berliner Straße, eine Portierstelle genommen. Hildes Vater ist jahrelang arbeitslos. Er ist ungelernter Arbeiter, hat sich nie um Politik gekümmert. „Sein Auskommen muß man haben, det is alles“, ist sein Grundsatz. Die Portierstelle sichert ihm das auch nicht. Er fährt mit dem Fahrrad in der Woche zweimal nach außerhalb, verbotenerweise Kaninchen fangen und fischen.

Frau Trettin besorgt „ihr“ Haus und Inge, den fünfjährigen Nachkömmling. Hilde ist Stenotypistin. Die einzige, die in der Familie Geld verdient. Denn auch Felix, der Bauschlosser, hat keine Arbeit. Er ist vor knapp einem Jahr in die SA gegangen. „Weil ich nicht immer nur Stempelbruder sein will, den jeder ungestraft anrotzen kann !“ hat er Hilde einmal erklärt. „Ich habe auch genug von dem Geduldetsein hier zu Hause. In unserer Kaserne kann ich pennen, da gibt's auch zu fressen. Immer war man Mensch zweiter Klasse. In der Uniform bin ich was - wir werden sehen, was weiter kommt !“

Dem alten Trettin ist es egal, „was der Bengel macht“. Aber er knurrt ihn dauernd an, weil „die ganzen Uniformen weiter nischt könn' als mir det Haus eintrampeln“.

Hilde ist seit einem halben Jahr bei uns. Käthe hat sie in der kaufmännischen Abendschule kennengelernt. Hilde hängt sehr an Franz. Sie sind Kameraden geworden. Felix weiß von alledem nichts.

Mutter Zander kommt mit einer Kanne Kaffee aus der Küche. Sie stellt sogar eine Schüssel mit Gebäck auf den Tisch. Sie rückt sich einen Stuhl unter die Gaslampe, fängt an zu stricken. Ich möchte ihr gern etwas Gutes sagen, aber mir fällt nichts ein. Sie hat warme, braune Augen. Tiefe Falten um den Mund, in der Stirn. Das Leben steht in ihrem Gesicht, hart und gut.

Mir fällt ein, was Käthe damals erzählt hat, als Franz mit der Maßregelung kam, weil er im Betrieb zum Streik aufgefordert hatte. Mutter Zander war einen Augenblick still. „Wird auch so gehen - Vater hätte genauso gehandelt“, hat

sie dann gesagt.

Vater, der Sozialdemokrat. In Frankreich gefallen. --

„Manchmal habe ich Mühe, ruhig zu bleiben“, fährt Hilde fort. „Heute abend hat Felix erst geprahlt ! Gestern haben wir es Berlin gezeigt „ Unsere Bewegung marschiert, die können sie nicht mehr aufhalten. Von der Kommune kommt nischt, haben wir gestern gesehen. Aus den Nebenstraßen haben sie gekräht, war alles.“

Franz dreht den Löffel in der Tasse. Seine hellen Augen sind zusammengezogen.

Da sagt Hilde wieder: „Sie haben wohl damit gerechnet, daß wir...“

Franz sieht sie kurz an.

Wir sagen nichts. Auch später will keine richtige Unterhaltung in Gang kommen. Eine gedrückte Stimmung ist irgendwie da, bleibt bis zuletzt.

Drei Tage sind seit dem braunen Aufmarsch vergangen.

Heute marschieren wir. Wir marschieren: zum Bülowplatz ! Es ist eisig kalt. Die Fenster der Häuser, der Straßenbahnen sind mit dicken Eisblumen überzogen. Aus unseren Mündern kommt der Atem hellweiß. Der unerwartete, furchtbare Frost frißt sich durch die dünnen, abgetragenen Kleider. Das Gesicht, die Hände erstarren.

Der Zug biegt um eine Ecke. Ich schaue zurück. Kein Schluß ist zu sehen, endlos lange Viererreihen. Rot stehen die Fahnen darüber, die Transparente.

„So stark ist der Bezirk noch nie angetreten !“ sagt Rothacker.

Seine Nase ist blaurot, er hat den Mantelkragen hochgeschlagen, sieht noch schwächer und kleiner als sonst aus. Vorn fangen sie an zu singen.

„Im Januar um Mitternacht, ein Spartakist stand auf der Wacht ...“

Das Lied läuft den Zug entlang, springt auf uns über. Links, links, die Füße stampfen.

Ernst und hart sind die Gesichter. Seht, so marschieren wir ! Ohne Panzerwagen, ohne Maschinengewehre. Wir sind Berlin selbst, das arbeitende Berlin !

In der Reihe vor mir trägt Heinz Preuß, der junge Genosse, unsere Fahne. Er ist ohne Mantel, seine Halbschuhe sind schiefgetreten. Seine Lippen ein dünner blauer Strich. Heinz ist jahrelang arbeitslos. Daneben geht Paul Teichert, der

Dreher von Siemens. Er hat die Frühstückstasche unter dem Arm, die blaue Kaffeeflasche sieht heraus. Er ist direkt von der Arbeitsstelle gekommen. Links von uns fährt langsam ein Lastwagen mit Polizei. Sie haben dicke Mäntel an, sitzen aber zusammengekröchen wie Hühner.

In kurzen Abständen laufen andere neben dem Zug her. Sie haben Schutzklappen an den Ohren. Wir singen, singen:

„... und donnernd dröhnt die Artillerie, Spartakus hat nur Infanterie...“

Ein Schupo kommt plötzlich den Zug entlangerannt. Er hat ein Notizbuch in der Hand. Er bleibt stehen, blättert darin, hebt den Kopf. „Aufhören! - Verboten!“ brüllt er mit schriller Stimme. Der Gesang bricht ab, aber vorn singen sie weiter.

„Bleibt zu Hause - wir brauchen euch nicht!“ schreit jemand hinter uns zu den Polizeilastwagen hinüber.

„Am Sonntag die SA. - ‘Die rote Front, schlägt sie zu Brei!’ - Nischt war verboten da!“ ruft ein anderer.

„Neues Lied! - Neues Lied!“

Ich sehe, wie der Offizier auf dem Lstwagen einen Befehl gibt. Die Schupos springen herunter.

„Oho! - Oho!“

„...wir kreisen wachsam überm Sowjetstaate, die erste rote Luftarmee der Welt...“

Der Schupo mit dem Notizbuch ist schon wieder hier. Wir sind schon mitten in der Stadt. Auf den Bürgersteigen stehen dichte Menschenreihen, winken, heben Fäuste: „Rot Front! - Rot Front!“

In den Ladentüren stehen Menschen. Hinter einer Schaufensterscheibe, in deren Frostblumen eine Heizsonne ein helles Loch gefressen hat, sind Gesichter.

„...und höher, und höher, und höher, wir steigen trotz Haß und Hohn...“

Am Refrain muß der Schupo endlich das Lied erkannt und in seinem Buch gefunden haben.

„Aufhören! Verboten! Verboten!“ Seine Stimme überschlägt sich.

Wir schweigen. Vorn aber bricht der Gesang nicht ab. Sie müssen den Befehl nicht gehört haben. Eine Schupokette rennt an uns vorbei, sie haben die Gummiknüppel in der Hand. Es pfeift grell.

„...ein jeder Propeller singt surrend...“

Der Gesang vor uns zerreißt jäh. Lärm und Schreie: „Pfui! Pfui!“

Sie schlagen dazwischen! Dennoch kommt es

dünn von ganz vorn immer noch: „...wir schützen die Sowjetunion!“

Als wir ein Stück weiter sind, sehen wir: fünf Verhaftete sitzen auf dem Lastwagen.

Je näher wir dem Ziel kommen, desto dichter stehen die Menschen auf den Bürgersteigen. Alle winken, sie rufen uns „Rot Front!“ zu.

Vor drei Tagen: Wut und Empörung. Heute: leidenschaftliche Zustimmung!

„Die SA hat goldne Tressen - und das Volk hat nichts zu fressen!“

Eine helle Stimme steht über dem Zug. Zählt dann: „Zwei! - Drei!“

Die vielen Stimmen werfen die Sätze dröhnend gegen die Häuserwände. Plötzlich stockt der Marschschritt, die Reihen schwanken.

„Sie verhaften ihn!“

„Wen?“

„Weiß nicht!“

„Borstentolle! - Borstentolle!“

Der Zug setzt sich wieder in Bewegung. Zwei Schupos gehen an uns vorbei. Borstentolle, wegen seiner „Igelhaare“ so genannt, in ihrer Mitte. Ich sehe, wie sie ihn zu den anderen Verhafteten auf den Lastwagen stoßen.

Endlose Straßen. Wir singen, singen: Die Internationale - Brüder, zur Sonne, zur Freiheit - zehn-, zwanzigmal hintereinander. Es sind die einzigen Lieder, bei denen nicht der Ruf : Verboten! kommt.

„Halt! Halt! - Stehenbleiben!“

„Warum, was ist los?“

„Ein anderer Bezirk biegt vor uns ein. Die Straße ist verstopft!“

Wir warten, warten. Von der Spree kommt ein eisiger Wind, jagt mir Kälteschauer über den Rücken. Ich sehe, wie Preuß mit den Zähnen klappert. Er hält noch immer die Fahne. Er will sie nicht abgeben. Rechts vor uns schiebt sich der andere Zug um die Ecke. Wir stampfen mit den Füßen, schlagen die Arme um den Körper. Ich reibe Käthes Hände. Ihr Gesicht sieht klein und verfloren aus. Unser Zug biegt in die Kaiser-Wilhelm-Straße ein. Wir sind dicht vor dem Bülowplatz. In der breiten Straße stehen zwei Züge nebeneinander. Achterreihen. Sie warten. Wir rücken links davon langsam weiter.

„Warum steht ihr denn?“

„Gib nicht an - ihr steht ooch gleich“, lacht einer drüben. „Alle Straßen sind verstoppt. Sie ziehn schon stundenlang am KL-Haus vorbei, mein Junge!“

Zehn Meter noch - wir stehen. Zwölferreihen

sind es jetzt. Die Straße ist in ihrer ganzen Breite mit Köpfen ausgefüllt. Alle singen. Der Himmel ist jetzt schon rot von den Lichtern der Stadt. Aus den Häusern, den Läden kommen plötzlich Frauen gelaufen. Sie haben Kochtöpfe, Tassen in den Händen, aus denen es dampft.

„Hier, trinkt, werdet ausgefroren sein!“

Hände reichen Pakete mit Butterbroten herüber. „Für die Arbeitslosen! - Sie werden Hunger haben!“

Vor mir kaut Preuß mit vollem Mund. Er wärmt sich die Hände an der Tasse.

„Am vorigen Sonntag hier“, sagt Käthe, „bei den Braunen!“

Wo ist eigentlich die Polizei? Nicht zu sehen. Es geht weiter. Jetzt! der Bülowplatz - das Parteihaus! Rote Transparente ziehen sich über die ganze Häuserfront. Die Fäuste fliegen hoch, der Gesang verstummt. Auf dem Podest steht Thälmann! Einige Männer stehen bei ihm.

Hinter mir sagt einer leise: „Das Zentralkomitee.“

Thälmanns Faust, sein Gesicht unter der Schirmmütze, zieht vorbei. „Der steht schon stundenlang in der eisigen Kälte“, sagt Rothacker.

Seine Augen sind wie glänzende Kugeln unter der Nickelbrille. Vorbei! Klapp - klapp, machen die Stiefel.

Wir marschieren schweigend.

Zwei Tage später gehe ich langsam die Wallstraße herunter. Ohne ein bestimmtes Ziel. Es ist früher Vormittag. Plötzlich schlägt mir jemand auf die Schulter.

„Servus, Ede.“

Ede dreht den Kopf weit herum. Sein rechtes Auge sucht mich. An Stelle des linken ist bei ihm eine rotfleischige, feuchtglänzende Höhle. Eine zwei Finger breite rote Narbe läuft von dort bis zum Ohr. Die Ohrmuschel ist ein zusammengerollter schmaler Fleischklumpen. In dem freiliegenden Gehörgang steckt ein Wattebausch. Am linken Arm trägt er eine gelbe Binde mit den drei schwarzen Punkten.

„Fängst wohl Fliegen, hä ? - Haste Zeit ?“

„Ja, warum ?“

„Ick jeh zur Wohle. Keene Pinke, wie immer. Mal Sprung auf marsch marsch machen, beim Vorsteher. Ich hab dett ganze Jemüse bei mir !“

„Gut, ich komme mit !“

Ede erzählt ununterbrochen. Mit dem Wirt hätte er Krach wegen der Miete. Er sei zwei Monate

rückständig. Erst käme der Magen. Ob ich Franz heute schon gesehen hätte? Er müsse seine Sammelliste abrechnen.

Erich Hoffmann, wir nennen ihn „Dreipunktete“, war Stoßtruppmann im Krieg. Das Auge und das halbe Ohr sind ihm beim Handgranatenkampf weggerissen worden. Er hat das Eiserne Kreuz erster Klasse und das Goldene Verwundetenabzeichen. Daß er „dett Jemüse“, die Kriegsauszeichnungen nämlich, bei sich hat, dachte ich mir, als ich die Blindenbinde sah. Denn so wie jetzt geht er meist nur, wenn er mit Behörden - oder bei uns „arbeitet“. Edes „Spezialität“ ist: nachts an Kaimauern, Häusergiebeln Parolen malen, auf schwankendem Brett am Seil. Aber „er schreibt auch eine gute Handschrift“ - mit der Faust - bei Naziüberfällen. Auf dem rechten Auge sieht er sehr gut. Mehr als ein dutzendmal hat Ede schon vor Gericht gestanden. Immer, wenn die Nazizeugen seine Mittäterschaft bekunden sollten, begannen sie zu zweifeln, und das rettete ihn. Der Mann mit der Kriegsblindenbinde und dem rechten Auge war nicht dabei!

Vor dem Richter lagen auch die Militärpapiere, das stimmte doch. Das schwere Wiedererkennen ist bei Ede begründet. Er trägt bei der „Arbeit“ stets sein Glasaugen. Wenn die Luft aber „dick“ wird, wandert es in die Tasche und die Blindenbinde aus ihr heraus.

Ich sitze im Wartezimmer des Wohlfahrtsamtes. Ede ist eben zu dem Vorsteher hineingerufen worden. Die Bänke rings an den schmutziggroßen Wänden sind dicht besetzt. Auch in der Zimmermitte stehen die Menschen eng zusammen. Alle Gesichter sind blaß. Alle Kleider sind voller Flecken.

An meiner rechten Seite unterhalten sich zwei Frauen.

„Fleisch? Ich hab noch nie Fleisch ins Gemüse machen könn“.

„Dann dürfen Sie aber den Kohl nur dämpfen und nicht abbrühen vorher. Sonst geht das letzte Bißchen Kraft verloren.“

„Dämpfen? Wird genauso teuer. Das kostet doch wieder mehr Fett!“

Verbraucht ist die Luft. Von der Ofenecke kommen trockene Wellen, die in der Kohle brennen. Aber alle drängen dorthin, sie brauchen Wärme. Links von mir sitzt eine kleine blasse Frau. Sie hat einen Säugling auf dem Arm, wiegt ihn hin und her. Er greint leise, mit tiefem

Schlucken. „Buh - buh - buh“, beruhigt sie ihn.

„Die jehn noch. Neue könn' wir nicht jeben. Flicken lassen könn' wir die höchstens, hat der mir vor acht Tagen jesacht!“

Ein Mann mit schütterem, angegrautem Haar zeigt seine Stiefel dem Nachbar. Das Leder ist über dem Spann und an den Seiten aufgeplatzt, die grauen Strümpfe sehen hervor.

„Aber ick jeh dem nicht vonne Pelle! Die denken, mit uns könn' se't machen, watt?“ sagt er wieder.

Sein Nachbar, ein junger Bursche, lacht verächtlich.

„Adolf wird dir wohl neue jeben. Der verhandelt schon. In Köln, in de Villa von den Bankjeh Schröder. Watt meenste, wejen deine Stiefel ooch?“ fragt er mit bissigem Hohn.

„Die Brüder!“ sagt ein anderer. „Früher hat der Goebbels im 'Angriff' gegen die geschrieben: die feinen Leute, die sich in das von uns gemachte Bett legen wollen, und Papen, der leicht angedoofte Mann!“

Die Tür des Sprechzimmers fliegt krachend auf. Ich höre Edes Stimme: „Hungern soll ick, watt! Aber meine Jesundheit hab ick im Schützengraben lassen dürfen! Ick sage Ihnen noch mal: Uff Ihre Kosten jeh ick jetzt essen. Bei Aschinger. Uff Ihre Kosten!“

„Ich warne Sie! Ich warne Sie!“ kreischt eine Stimme auf uns zu.

„Wer hat Hunga von Euch?“

Schweigen. Alle sehn ihn verdutzt an.

„War heißt Hunga - alle schiebn wa Kohldampf“, sagt der junge Bursche.

„Kommt mit! Fünf Mann. Könn't jut essen, ick bezahle!“ sagt Ede.

Keiner rührt sich.

Einige Minuten später sehen wir aber doch los. Fünf Mann hoch. Der junge, mir unbekannt Bursche und noch zwei Genossen, die ich vorher im Zimmer nicht bemerkt hatte.

„Los, sucht euch aus!“ drängt Ede, als wir im Lokal Aschinger sitzen. „Watt ihr wollt. Denkt euch, heute is Sonntach.“

Ich bestelle, Kotelett.

(aus: Jan Petersen,
Unsere Straße,
Verlag Pahl-Rugenstein,
Kleine Bibliothek)

TÜRKEI: DAS KRÄFTEMESSEN ZWISCHEN MILITÄR UND ZIVILGESELLSCHAFT

Die „Paschas“ als fragwürdige Erben des Kemalismus

Die Weigerung von Staatspräsident Ahmed Necdet Sezer, ein Regierungsdekret über die Säuberung des öffentlichen Dienstes zu unterschreiben, hat die türkischen Militärs herausgefordert. Generalstabschef Kivrikoglu hat das Parlament ultimativ aufgefordert, ein entsprechendes Gesetz zu verabschieden, das die Vorstellungen der militärischen Führung bedient. Dies ist nur das jüngste Beispiel für die Einmischung der Generäle in die Politik, die sich dabei stets als die einzig legitimen und rechtgläubigen Hüter des Kemalismus aufspielen. Aber die türkische Zivilgesellschaft beginnt zu begreifen, dass die anmaßende Rolle der Armee das größte Hindernis auf der Weg der Türkei nach Europa ist.

Von Eric Rouleau

Das Putschisten den Jahrestag ihres Staatsstreichts öffentlich feiern, würde man in einem demokratischen Land zumindest als seltsam empfinden. Als sich in der Türkei kürzlich zwanzig ehemalige Offiziere zusammenfanden, um in diversen öffentlichen Veranstaltungen den vierzigsten Jahrestag der „Demokratischen Revolution“ vom 27. Mai 1960 zu begehen, fand das Ereignis in den lokalen Medien kaum Beachtung. Vielleicht lief es aber auch einfach zu banal ab: die feierliche Niederlegung eines Blumengebindes am Atatürk-Mausoleum, eine öffentliche Konferenz, organisiert vom früheren Hauptmann Numan Esin, der inzwischen als Präsident der „Stiftung der Verfassung von 1961“ zum erfolgreichen Geschäftsmann aufgestiegen ist, ein paar apologetische, von

Stolz und Nostalgie triefende Ansprachen. Und zum Abschluss ein typisch republikanisches Festbankett - die Atmosphäre kameradschaftlich, herzlich, kämpferisch -, dessen Höhepunkt darin besteht, dass an die hundert Persönlichkeiten, Militärs und Zivilisten jenseits der Pensionsgrenze, gemeinsam patriotische Lieder singen.

Erstaunen über solche Szenen wird man freilich nur empfinden, wenn man nichts von der Herrschaftskultur weiß, die sich im Laufe der Jahrhunderte herausgebildet hat, und auch nichts von der privilegierten Position, die das türkische Militär in der Republik und davor bereits in der Ära des Osmanischen Reiches eingenommen hat. Die bewaffnete Macht der Hohen Pforte, bis zum 19. Jahrhundert vor allem die Elitetruppe der Janitscharen, hat es sich immer

wieder herausgenommen, Sultane zu ermorden, zu stürzen oder zu inthronisieren. In den meisten Fällen zielte ihr Eingreifen darauf, sich ihre Privilegien zu bewahren, doch zuweilen, wenn auch eher selten, erfolgte es auch im fortschrittlichen Sinne.

Letzteres gilt für General Mustafa Kemal, dem es nach dem Ersten Weltkrieg gelang, mit Hilfe eines Teils der Streitkräfte die griechischen Besatzungstruppen zu vertreiben und 1923 die türkische Republik zu begründen. Als erster Präsident (mit dem Ehrentitel „Atatürk“ als „Vater der Türken“ ausgezeichnet) orientierte Mustafa Kemal den jungen Staat entschieden auf die Moderne. Von den zehn Männern, die nach Atatürk das Amt des Staatspräsidenten bekleideten, waren sechs hochrangige Militärs. Seit dem Putsch junger, „radikaler“

Offiziere, im Mai 1960, erlebte die Türkei eine Folge von Verschwörungen und Staatsstreichern der Militärs. Ihren jüngsten Eingriff vom Februar 1997 hat man als „virtuelle“ Machtergreifung bezeichnet, insofern es lediglich der berühmten Eidesformel, die der Staatspräsident, die zwanzig „Empfehlungen“ des Generalstabs bedurfte, um die

Atatürks im Jahre 1938 ist der Begriff des Kemalismus allgegenwärtig: in sämtlichen von den Militärs diktierten Verfassungstexten, in den Gesetzen, in den politischen Reden wie auch in der Staatspräsident, die die Parlamentsabgeordneten, die



Wachsoldat in Istanbul am Bosphorus Foto: M. Kirchgessner

Koalitionsregierung des islamistischen Ministerpräsidenten Necmettin Erbakan zu Fall zu bringen. Damals begannen gewisse türkische Medien im Überschwang der Begeisterung, ihren Idolen an der Spitze der Armee den ehrfürchtigen Titel „Pascha“ zu verleihen, den bereits die Generäle des Osmanischen Reiches getragen hatten.(1)

Die Paschas der Republik, ob „rechter“ oder „linker“ Couleur, haben sich jedes Mal, wenn sie aus der Kulisse auf die politische Bühne traten, mit der Fahne des Kemalismus drapiert. Seit dem Tode

Richter und die hohen Staatsbeamten zu leisten haben. Jede politische Meinungsäußerung oder Initiative von innen- oder außenpolitischer Relevanz hat sich zwingend an die angeblichen oder tatsächlichen Vorstellungen des Vaters der Republik zu halten.

Warum Kemal kein Kemalist war

DA BEI wäre es allerdings gewagt, den Kemalismus als eine Ideologie zu bezeichnen, denn Atatürk war vor allem ein Pragmatiker. Der Staatsmann

und Visionär ließ sich in seiner Politik, mit der die Türkei den Anschluss an die entwickelte Welt schaffen sollte, von den unterschiedlichsten Modellen inspirieren, von der Französischen Revolution ebenso wie von den staatlichen Strukturen der totalitären Mächte seiner Epoche. Wäre Atatürk von einer Ideologie geleitet gewesen, dann hätten im Übrigen seine Nachfolger nicht umstandslos eine Reihe wichtiger Grundsätze seiner Politik revidieren können. Die haben zum Beispiel die Einheitspartei durch ein Mehrparteiensystem ersetzt oder das etatistisch orientierte Wirtschaftsmodell durch ein marktwirtschaftliches abgelöst. Und sie haben sich für die Rechte türkischer Minderheiten im Ausland (in Zypern, Bulgarien, Griechenland usw.) oder muslimischer Völker (Bosniaken, Kosovaren, Tschetschenen) engagiert, was dem Grundsatz Atatürks zuwiderläuft, wonach sich die Türkei mit der Verteidigung der Interessen von Türken oder gar von Muslimen, die Bürger anderer Staaten sind, keinesfalls belasten dürfe. Nicht zuletzt hatte der „Vater der Türken“ den aktiven Militärs auch jede Einmischung in die Staatsgeschäfte untersagt. (2)

Die Nachfolger Atatürks haben es dennoch vorgezogen, ihn zum Denkmal zu erheben, nachdem sie zuvor alles aus seinem Vermächtnis getilgt hatten, was ihnen überholt oder anstößig vorkam. Auf diese Weise machten sie aus dem „Kemalismus“ eine Staatsdoktrin, für die sie sich das Interpretationsmonopol

zuschreiben. Damit können sie alle möglichen Regierungsformen oder politische Entscheidungen nach Belieben rechtfertigen und zugleich diejenigen bestrafen, die dagegen Zweifel anmelden. Man hat also eine simpel formulierte und inhaltlich willkürlich verformbare Doktrin zum absoluten Wert erklärt. Diese Doktrin lässt sich in wenigen Worten zusammenfassen: territoriale Integrität, Einheit der Nation, laizistische Republik. Das sind ehrenwerte Grundsätze, denen man eigentlich nur zustimmen kann. Das Problem ist nur, dass sich die Armee als exklusiver Wächter dieser Grundsätze sieht.

Das Offizierskorps, das diese Rolle wahrnimmt, ist ein klassisches Beispiel für eine elitäre Kaste. (3) Die Anwärter auf eine Offizierslaufbahn werden bereits als Jugendliche in die Obhut der Armee genommen. Wer den strengen Auswahlkriterien genügt, erhält seine Ausbildung an einer der Oberschulen, die vom Militär unterhalten werden und deren Lehrpläne nicht der Zustimmung des nationalen Bildungsministeriums bedürfen. Abgesehen von der militärischen Ausbildung werden die Kadetten - auf universitärem Niveau - in den Fächern Geschichte, Politikwissenschaft, Ökonomie und Soziologie unterrichtet und können wahlweise auch mehrere Fremdsprachen erlernen. Die aktiven Offiziere beziehen ein Gehalt, das deutlich über den Bezügen vergleichbarer ziviler Staatsbeamter liegt, außerdem können sie in Warenhäusern der Armee billig einkaufen,

erhalten zinsgünstige Darlehen für den Immobilienerwerb und können speziell für das Militär reservierte Ferienanlagen, Hotels und Clubs besuchen.

Die derzeit geltende Verfassung von 1982 haben sich die Generale so zuschneiden lassen, dass sie die politische Macht der Streitkräfte institutionell verankert. Einmal im Monat tritt der Nationale Sicherheitsrat zusammen. In diesem Gremium, das manche auch als „Schattenkabinet“ bezeichnen, sitzen die fünf ranghöchsten Militärs (vier Generäle und ein Admiral) fünf zivilen Amtsträgern gegenüber (4) und formulieren für die Regierung in Fragen der „Nationalen Sicherheit“ ihre „Anregungen“, die in der Praxis unwiderrufliche Befehle sind. Wie kürzlich einem Rundschreiben des Generalstabs zu entnehmen war, umfasst der Begriff der nationalen Sicherheit „praktisch alle Angelegenheiten von öffentlichem Interesse“, in der Innen- wie in der Außenpolitik (5). Der Inhalt der Beratungen des Sicherheitsrates - und manchmal sogar seine Entscheidungen - werden geheim gehalten. Als der islamistische Parteiführer Necmettin Erbakan sich im Februar 1997 anschickte, dem Parlament die achtzehn „Empfehlungen“ des Rates zur Auslöschung der „islamistischen Reaktion“ vorzulegen, war damit das Ende seiner Regierung besiegelt. Er tat fatalerweise so, als habe er nicht verstanden, dass es sich bei diesem Ultimatum um die Ouvertüre des „virtuellen“ Staatsstreichs handelte. Offenbar hatte er vergessen,

was im Osmanischen Reich gegolten hatte: Wenn die Tage des Sultans gezählt waren, erkannte er dies daran, dass die Janitscharen zum Zeichen ihres Zorns ihre Kochkessel umdrehten.

Dieselbe Verfassung gewährt den Streitkräften darüber hinaus eine Autonomie, wie sie in keinem demokratischen Land denkbar wäre. (6) So steht der Generalstabschef über dem Verteidigungsminister und sämtlichen anderen Kabinettsmitgliedern, in der protokollarischen Rangordnung kommt er direkt nach dem Ministerpräsidenten und ist diesem außerdem in höchst sensiblen Entscheidungsbereichen übergeordnet. In die Zuständigkeit des Generalstabs fallen unter anderem die Ernennungen und Beförderungen in den Reihen der Militärs, die Wahrung der inneren und äußeren Sicherheit des Landes, die Festlegung der Verteidigungspolitik und die Entscheidung über die Produktion und den Kauf von Rüstungsgütern - deren Kosten im Übrigen nicht im Staatshaushalt aufgeführt werden.

Insofern ist es bezeichnend, dass man die Zeitschrift *Defense Week* vom 14. Februar lesen muss, um zu erfahren, dass für die Modernisierung der türkischen Streitkräfte in den kommenden fünfzehn Jahren rund 70 Milliarden Dollar vorgesehen sind. Auch ist es seit langem Usus, dass der Haushaltstitel für die laufenden Kosten der Armee (die nicht im Einzelnen ausgewiesen werden, obwohl sie ein Drittel oder mehr der staatlichen

Einnahmen verschlingen) vom Parlament durch Akklamation und ohne Debatte verabschiedet wird. Wobei die Versammlung anschließend einmütig ihre „Glück- und Segenswünsche“ übermittelt. Weiterhin hat der Generalstab aufgrund der Verfassung und der entsprechenden Gesetze die direkte oder indirekte Kontrolle über das Universitätswesen und die entscheidenden Bereiche der Justiz, Strafverfahren wegen staatsfeindlicher Äußerungen und Aktivitäten werden vor Staatssicherheitsgerichten geführt, die bis vor kurzem mit hochrangigen Militärs besetzt waren. Parlamentsabgeordnete, Universitätsrektoren, Anwälte, Staatsanwälte und Richter, sie alle sind gehalten, sich jene restriktive Definition von bürgerlichen Freiheiten zu Eigen zu machen, die in der Verfassungspräambel formuliert ist: „Meinungen oder Äußerungen, die gegen die nationalen Interessen der Türkei (...), die traditionellen und geistigen Werte des türkischen Volkes (...) oder die auf Modernisierung gerichteten Grundsätze und Reformen Atatürks gerichtet sind, genießen keine Schutz.“

Die damit gemeinten Prinzipien werden im Artikel 13 der Verfassung etwas näher, aber nicht unbedingt genauer bezeichnet:

„Die unteilbare Einheit des Staates, die nationale Souveränität, die Republik, die nationale Sicherheit, die öffentliche Ordnung, das öffentliche Interesse, die guten Sitten, die öffentliche Gesundheit“. Artikel 14 geht noch weiter und untersagt den „Missbrauch“ von Rechten und

Freiheiten, einschließlich solcher, die als legitim gelten. Wie man sieht, kann Anklage also nicht nur aufgrund von Taten erhoben werden, sondern auch wegen Meinungen und Äußerungen, die als verwerflich gelten. In Artikel 130 heißt es sogar, dass „Forschungen und Veröffentlichungen mit wissenschaftlichem Charakter“ von den Dekanen der Universitäten verboten werden können, wenn sie für unvereinbar mit den zuvor genannten Grundwerten erachtet werden. (7) Restriktionen unter Berufung auf die kemalistischen Grundsätze stehen auch in einigen Gesetzen, die unmittelbar nach Inkrafttreten der Verfassung von 1982 veranschiedet wurden, also im Wahlgesetz, im Parteiengesetz und im Gesetz über die Berufsverbände und Gewerkschaften. Dass die politische Macht der „Paschas“ so gut abgesichert ist, liegt aber auch an ihrer bemerkenswerten wirtschaftlich-finanziellen Grundausstattung. (8) Die Armee besitzt eine weit verzweigte Holding namens Oyak, die aus rund dreißig großen Industrie-, Handels- und Export-Unternehmen besteht. Sie ist in einer Vielzahl von Branchen engagiert, etwa in der Auto-, der Zement- und der Nahrungsmittel-, der Chemie- und Mineralölindustrie, aber auch im Tourismus, im Versicherungs-, Bank- und Immobiliengewerbe, in Supermarktketten und Unternehmen der Hochtechnologie. Etwa 30 000 Menschen sind in diesem Unternehmen beschäftigt, nicht gerechnet die Mitarbeiter der

Partnerfirmen. Oyak-Renault, ein Juwel innerhalb der Holding, hat eine Produktionskapazität von 160 000 Fahrzeugen im Jahr (9). Als einer der drei oder vier größten türkischen Konzerne ist Oyak von erheblicher volkswirtschaftlicher Bedeutung - und reichlich mit Kapital ausgestattet. Das stammt aus den Beiträgen der Armeeingehörigen, die 10 Prozent ihrer Bezüge in die Pensionskasse einzahlen müssen, und aus den Gewinnen der einzelnen Unternehmen, die angeblich zu den profitabelsten der Türkei gehören. Was kein Wunder ist, denn die Oyak zahlt keine Steuern und Abgaben. Ihre Konkurrenten aus dem privaten Sektor sehen in diesem Privileg zweifellos eine Form von unlauterem Wettbewerb. Doch das Größkapital hält still, weil es von der Oyak teils aus Eigeninteresse, teils aus taktischen Erwägungen an ihren Geschäften beteiligt worden ist. Professor Taha Parla von der Bosphorus-Universität in Istanbul hat herausgefunden, dass zu den Partnern der Oyak einige der mächtigsten Unternehmensgruppen des Landes gehören, darunter die Konzerne der Familien Koc und Sabanci, die als die „Tycoons“ von Industrie und Handel gelten, wie auch Taskent, der „Pate“ der Privatbanken. Diese privaten Partnerunternehmen versorgen überdies hochrangige pensionierte Offiziere mit Aufsichtsratsposten - teils um sich für Gefälligkeiten zu revanchieren, teils um die Verbindung zu den aktiven Militärs zu pflegen. Es gibt mit

anderen Worten eine stabile Allianz zwischen der Militärelite, dem nationalen und internationalen Großkapital und der staatlichen Bürokratie, die zugleich die drei Pfeiler der Oyak-Konstruktion darstellen. Daneben gibt es noch die Stiftung für die Stärkung der türkischen Streitkräfte (TSKGV), die etwa dreißig Industrieunternehmen im Besitz der Armee zusammenfasst und die gleichen Sonderrechte genießt wie die Oyak. Die TSKGV beschäftigt 20 000 Menschen, und da ihre Betriebe ausschließlich der Rüstungsproduktion dienen, schafft sie indirekt weitere Zehntausende von Arbeitsplätzen in Zulieferunternehmen. Die Profite der militärischen Unternehmen fließen zu über 80 Prozent in einen Rücklagefonds, der auf dutzende Milliarden Dollar geschätzt wird. Professor Taha Parla sieht darin eine originelle Art, die Akkumulation des (militärischen) Kapitals zu fördern, die sich von den Methoden im (zivilen) Privatsektor deutlich unterscheidet.

Der Wunsch ist Befehl

ARMEE, Großkapital und Staatsbürokratie haben nicht nur den Flankenschutz eines ganzen Arsenal verfassungsmäßiger und gesetzlicher Bestimmungen. Dem kemalistischen Triumvirat kommt auch ein zusätzlicher Einflussbonus zugute, wenn sich die politischen Kräfteverhältnisse zu ihren Gunsten verändern, wenn also die Gegenkräfte im Zentrum

der Gesellschaft geschwächt werden, weil die politische Klasse - wie in den vergangenen Jahren geschehen - ihre Glaubwürdigkeit verspielt.

Das führt dazu, dass die Parteien, das Parlament, die Regierung und die Medien kuschen, wenn das Militär Recht und Gesetz mit Stiefeln tritt. So protestierte zum Beispiel niemand, als die „Paschas“ nicht bereit waren, dem Parlament den Wortlaut der Verträge mitzuteilen, die sie mit Israel geschlossen hatten, oder als die türkischen Streitkräfte ohne Wissen der Regierung im Nordirak einen Großangriff gegen die Kräfte der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK) eröffneten. Das Militär durfte auch unbeanstandet die Verschiebung der Wahlen verweigern, die immerhin von einer parlamentarischen Mehrheit befürwortet wurde; oder die Streichung von Artikeln aus dem Strafgesetzbuch, die gegen die Persönlichkeitsrechte verstoßen, für unangebracht erklären; oder die Untersuchung von Skandalen blockieren (vor allem was die besonders schrecklichen Aspekte des Kurdenkrieges betrifft), die dem Ansehen der Streitkräfte zu schaden drohten. Und immer blieb der Schein gewahrt, denn die Anordnungen ergingen zumeist in der Form von „Ratschlägen“ oder „Wünschen“, die das eine oder andere Mitglied der Generalstabs äußerte. Hinter den Kulissen dürften weniger dezente Druckmittel zum Einsatz gekommen sein.

Zum Glück für die Armee tauchten rechtzeitig neue

riesige Probleme auf - als Ersatz für die Bedrohungen, die einst die zentrale Rolle der Armee legitimiert hatten. Auf die Angst vor der Sowjetunion und dem Kommunismus folgten die Schrecken des „islamischen Fundamentalismus“ und des „kurdischen Separatismus“, und schon war die Legitimation und Popularität der „Paschas“ als bewährte Verteidiger von Laizität und territorialer Integrität der Republik erneut bestätigt. Natürlich lieferten die Kämpfer der PKK die Bestätigung für die offiziellen Theorien, indem sie mit Waffengewalt versuchten, einen unabhängigen Kurdenstaat in den Südostprovinzen der Türkei zu schaffen und sich überdies auf den Marxismus-Leninismus beriefen. Als dann aber die Organisation von Abdullah Öcalan schließlich von ihren Maximalforderungen abrückte und immer wieder Verhandlungen über ein Autonomiestatut oder eine bundesstaatliche Lösung anbot, als sie gar nur noch eine Demokratisierung forderte, die den Kurden die elementaren Rechte sichern sollte, als sie wiederholt einen einseitigen Waffenstillstand ausrief, wurden alle diese Vorschläge von der Armee ignoriert oder als Kriegslüge denunziert (10). Kurdische und türkische Intellektuelle, die für die Anerkennung wenigstens der kulturellen Rechte der Kurden eintraten, wurden unter der Anklage des „Separatismus“ und der „Komplizenschaft“ mit der PKK vor Gericht gestellt. So schleppte sich der Krieg, der 1984 begonnen hatte, bis zur Festnahme

Öcalans im Februar 1997 fort. Eine Bilanz von fünfzehn Jahren mit Gräueltaten auf beiden Seiten; mit der Zerstörung von etwa zweitausend kurdischen Siedlungen und der Vertreibung von Hunderttausenden von Dorfbewohnern; mit Massenverhaftungen, Folterungen und den gezielten Mordaktionen der „Todesschwadronen“, die wahrscheinlich von Repräsentanten eines Staatsapparates gedeckt wurden, der seinerseits durch ein Geflecht mafioser Beziehungen korrumpiert war.

Der sinnlose Krieg (der ja keine Lösung des Kurdenproblems brachte) hatte katastrophale Auswirkungen, und zwar in mehrfacher Hinsicht. Er führte nicht nur zu einer empfindlichen Einschränkung der Bürgerrechte, die Kriegskosten von schätzungsweise 150 Milliarden Dollar warfen die wirtschaftliche Entwicklung zurück und bewirkten eine Senkung des Lebensstandards. Und statt zur „Festigung der Einheit der Nation“ beizutragen, hat er den Graben zwischen Türken und Kurden nur noch weiter vertieft.

Der PKK-Konflikt hängt in gewisser Weise mit der Auseinandersetzung zwischen türkischer Armee und Islamisten zusammen. Als die Putschisten von 1980 dem Kampf gegen die extreme Linke eröffneten, zu der auch die Kurdenorganisation gehörte, begünstigten sie zugleich die islamischen Gruppierungen, die als Bollwerk gegen den „

Kommunismus“ galten. So machte man Religion zum Pflichtfach in den staatlichen Grund- und Oberschulen, man ließ die islamische Partei Refah zu - also genau die Partei, die dann nach ihren ersten Wahlerfolgen 1994 und 1995 zum entscheidenden Feind gestempelt wurde.

Dass dieser Konflikt so schwer zu begreifen ist, liegt an zwei Aspekten, die widersprüchlich und unklar sind. Zum einen geht es um den Begriff des Laizismus, der in der Türkei nicht die Trennung von Staat und Religion meint, sondern vielmehr die Integration der Religion, ihre Kontrolle und nötigenfalls ihre Instrumentalisierung durch den Staat. (11) Das Amt für religiöse Angelegenheiten, das über erhebliche Mittel aus dem Staatshaushalt verfügt, ist unter anderem auch für die rund fünfhundert so genannten Imam-Hatip-Schulen zuständig. Diese höheren (nichtstaatlichen) Schulen dienen der Ausbildung von islamischen Geistlichen, in der Praxis sind sie jedoch Lehrstätten, in denen Hunderttausende, die später im Staatsapparat oder in der Privatwirtschaft leitende Positionen bekleiden, eine religiöse Bildung mitbekommen. Auch hat das Amt für religiöse Angelegenheiten aus Steuergeldern Tausende von Moscheen errichten lassen, um langfristig einen „aufgeklärten“ Islam zu fördern, der mit den Grundsätzen des Kemalismus vereinbar sein sollte. Den Erfolg dieses Projekts darf man inzwischen füglich bezweifeln, und ebenso kann man sich

fragen, weshalb die Angabe der Religion auf den türkischen Ausweisen vorgeschrieben ist. Schließlich heißt es in der Verfassung, dass „niemand gezwungen werden darf, seine religiöse Überzeugung preiszugeben“. Hat hier also eine „Verstaatlichung des Islam“ stattgefunden, wie es die Anhänger des bestehenden Systems sehen, oder eher eine „Islamisierung des Staates“, wie seine Gegner behaupten?

Unklar ist auch, was es mit der jeweiligen „islamistischen“ Partei auf sich hat, die man so gern verteufelt - derzeit ist es die Fazilet-Partei (FP), die Nachfolgerin der nach dem „virtuellen“ Putsch von 1997 verbotenen Refah. Ihr Gründer Necmettin Erbakan ist ein altgedienter Politiker und Abgeordneter, der bereits in einer Linkskoalition und einer Rechtskoalition stellvertretender Ministerpräsident war. Auch die neue Partei kann man gewiss nicht als „fundamentalistisch“ bezeichnen. Sie mag islamisch orientiert sein, aber eher so, wie die Christdemokraten im Westen christlich sind: Sie bekennt sich zur Republik und dem Grundsatz der Laizität - „nach französischem Vorbild“, wie es ihr Gründer formuliert - sowie zum Mehrparteiensystem und zu den persönlichen Freiheitsrechten. Diese FP füllt auch das politische Vakuum, das die Zerschlagung der Linken in den Jahrzehnten der Repression hinterlassen hat. (12) Sie setzt sich für die „Verlierer“ ein, die Arbeiter, die kleinbürgerlichen Schichten in Stadt und Land und vor allem in der Provinz, im türkischen „

Hinterland“ mit seiner eigenen, anatolisch und muslimisch geprägten Kultur. Damit trifft die Fazilet einen wunden Punkt, vor allem weil sie - wenngleich indirekt - die politische Macht der Armee in Frage stellt, aber auch die Leugnung der kurdischen Identität, die den Islamisten überall dort besonders viele Stimmen einbringt, wo prokurdische Gruppierungen nicht zu den Wahlen antreten durften. In jedem Fall ist der wahre Kern der Auseinandersetzung keineswegs die Frage der Laizität.

Daher ist es durchaus begreiflich, dass der Generalstab behauptet, die Gefahren für die Republik - die gleichermaßen von den Kurden und den „Anatoliern“ ausgehen - seien auch nach der Zerschlagung der PKK und der Niederlage der Fazilet-Partei bei den letzten Wahlen noch lange nicht gebannt.

Diese anhaltenden „Bedrohungen“ liefern auch den Grund dafür, dass die zuständigen Staatsorgane noch keine Anstalten gemacht haben, jene Demokratisierung einzuleiten, die von der Europäischen Union seit Jahren, und vor allem seit dem Helsinki-Gipfel im Dezember 1999 gefordert wird. Allerdings ist die Türkei nunmehr angehalten, innerhalb von fünf Jahren die so genannten Kopenhagen-Kriterien zu erfüllen; erst dann können die Verhandlungen über ihren Beitritt zur Europäischen Union beginnen. (13) Sofern man diese Bedingungen in Ankara ernst nimmt, wird es

keineswegs leicht sein, sie zu erfüllen. Denn damit stellt sich die Forderung, eine Revolution zu Ende zu führen, die darauf hinausläuft, ein in sich geschlossenes und solide verankertes staatliches System zu demontieren.

**dt. Edgar Peinelt
(in: LE MONDE
diplomatique,
September 2000)**

Anmerkungen:

(1) Siehe Panayotis Gavras, „The role of the Military in Turkish Society“, Dissertation am Department of Near Eastern Studies, Princeton University, April 1989.

(2) Mit einer Ausnahme: Die Teilnahme des Generalstabschefs an den Sitzungen des Ministerrates ist rechtmäßig.

(3) Siehe Mehmed Ali Birand, „Shirts of Steel. An Anatomy of the Turkish Armed Forces“, London (Taurus) 1991 (Originaltitel: „Emret Komutanım“, Istanbul 1986). Birands Buch ist eine in ihrer Art einmalige Feldstudie, die auf Interviews mit Armeemitgliedern aller Dienstgrade beruht. Die Interviews waren nur mit Erlaubnis des Generalstabs möglich, der vor der Publikation allerdings vielfache Änderungen forderte. Da Birand den Text aber unzensuriert veröffentlichte, fiel er bei den Militärs in Ungnade, die bis heute andauern.

(4) Die militärischen Vertreter sind der Chef des Generalstabs, die Kommandeure der Land-, See- und Luftstreitkräfte und der Gendamerie sowie ein General, der die Funktion eines Generalsekretärs des Sicherheitsrates innehat; die zivilen Vertreter sind der Staatspräsident, der Ministerpräsident sowie Innen-, Außen- und Verteidigungsminister. Obwohl der Generalsekretär nicht stimmberechtigt ist und bei Stimmgleichheit der Staatspräsident (als Vorsitzender) den Ausschlag gibt, ist das Gewicht der „militärischen“ Seite dominierend. Erst jüngst hat Generalstabschef Kivrikoglu erklärt, das Militär könnte im Nationalen Sicherheitsrat sogar hundert Zivilisten akzeptieren, da seine Entscheidungen „

nicht mit Stimmenmehrheit, sondern durch Konsens“ getroffen würden.

(5) *Los Angeles Times*, 9. März 2000
(6) Siehe Umit Sakallioğlu (Professor an der Bilkent - Universität in Ankara), „The Anatomy of the Turkish Military's Autonomy“, *Comparative Politics*, Bd. 29, Nr. 2, 1997.

(7) Es überrascht kaum, dass es keine wissenschaftliche Monographie oder Doktorarbeit von türkischer Seite gibt, die umfassend die politische Rolle der Armee in der Türkei analysieren würde. Das liegt nicht nur an dem undurchsichtigen Forschungsgegenstand, sondern zweifellos auch daran, dass sich kein Forscher an ihn herantraut.

(8) Siehe Taha Parla, „Mercantile militarism in Turkey, 1980-1998“, *New Perspectives on Turkey* (Istanbul), Herbst 1998.

(9) Oyak steht für Ordu Yardımlaşma Kurumu (Körperschaft der Pensionskasse der Streitkräfte). Die Holding wurde im Januar 1961 von den Militärs geschaffen, die im Mai 1960 die Macht ergriffen hatten. Ihren großen Aufschwung erlebte die Oyak mit ihren Industrie- und Handelsaktivitäten jedoch erst im Rahmen der wirtschaftlichen Liberalisierung, nach dem Putsch von 1980.

(10) Siehe Kendal Nezan, „Appelle an Ankara sind nur fromme Wünsche“, *Le Monde diplomatique*, März 1999, sowie Michel Verrier, „Die Türkei macht den Kurden den Prozess“, *Le Monde diplomatique*, Juni 1999.

(11) Siehe Umit Sakallioğlu, „Parameters and Strategies of Islam-State Interaction in Republican Turkey“, *Journal of Middle East Studies* (Cambridge) Nr. 28, 1996. Der Autor weist darauf hin, dass es Atatürk selbst war, der die Instrumentalisierung des Islam einleitete, als er im nationalen Befreiungskampf zum „Heiligen Dschihad“ aufrief, um die anatolischen Notabeln, die religiösen Führer und die Bauern auf seine Seite zu bringen.

(12) Siehe Wendy Kristiansen, „Die doppelte Identität der Türkei“, *Le Monde diplomatique*, Februar 1999.

(13) Siehe Niels Kadritzke, „Griechen und Türken entdecken die Vorteile der Nachbarschaft“, *Le Monde diplomatique*, Juni 2000.

Interview mit Müttern von Asylbewerbern

Im Sommer diesen Jahres machten Mitglieder unserer Redaktion eine Reise durch Kurdistan. Dabei waren sie auch in Diyarbakir und hatten Gelegenheit zu einem Gespräch mit Ayse Ekinci und Yildiz Bugdayci, den Müttern von Selahaddin und Remzi. Beide sind Asylbewerber und Mitglieder im IFV.

AntifaZ: Wie heißen Sie?

Mutter: Ich heiße Ayse und bin die Mutter von Selahaddin Ekinci.

AntifaZ: Wie leben Sie zur Zeit?

Mutter: Ich lebe zur Zeit alleine. Unser Dorf und Haus wurde niedergebrannt. Da wir niemanden hatten, der uns aufnehmen konnte, sagte ich zu Selahaddin, daß er mit seiner Familie flüchten soll. Denn es war besser, auf der Flucht zu leben als hier zu bleiben und der Gefahr ausgesetzt zu sein, getötet zu werden. So wusste ich, mein Sohn und seine Familie leben und ich kann ab und zu ihre Stimmen hören. Das würde mir als Mutter reichen.

AntifaZ: Wie und wann geschah das?

Mutter: Das Dorf und die Häuser, die wir gemeinsam besichtigt haben, sind, wie gesagt, niedergebrannt und dem Erdboden gleich gemacht worden.

AntifaZ: Wie heißt das Dorf?

Mutter: Nergizli.

AntifaZ: Entschuldigen Sie bitte, wie alt sind Sie jetzt?

Mutter: 70.

AntifaZ: Was macht der Vater?

Mutter: Ich weiß es nicht.

AntifaZ: Wo und bei wem sind Sie untergebracht?

Yasar: Vorübergehend haben wir sie bei uns aufgenommen.

Da sie niemanden hatten, bei dem sie untergebracht werden konnten, leben sie bei uns im Haus auf einem Dorf in der Nähe von Diyarbakir. Alle Dorfbewohner wurden vertrieben, so auch die Mutter von Remzi. Auch sie haben wir bei uns aufgenommen.

Ich möchte unseren Dolmetscher Yasar bekannt machen.

AntifaZ: Wie heißen Sie?

Yasar: Yasar Bugdayci.

AntifaZ: Welchen Beruf üben Sie zur Zeit aus?

Yasar: Ich bin Taxifahrer.

AntifaZ: Wie alt sind Sie?

Yasar: Ich bin geboren im Jahre 1961, also 40, und wohne in Diyarbakir/Stadt.

AntifaZ: Wie ist der Gesundheitszustand der Mutter?

Yasar: Sie ist ziemlich benommen und besorgt. Nach dem sie erfahren hat, daß ihr Sohn aus Deutschland abgeschoben werden soll in die Türkei, macht sie sich noch mehr Sorgen um Selahaddin. Ihre Befürchtungen sind, dass er, im Falle einer Abschiebung in die Türkei, sofort verhaftet oder sogar umgebracht wird, durch

Folter der Militärs, oder durch die immer noch existierenden Todesschwadronen.

AntifaZ: Zur Zeit befindet man sich in einer Friedensphase. Hat sich seit dem nichts verändert an der Situation hier?

Antwort der Mutter: Davon ist nur die Rede. Von einem wirklichen Frieden staatlicherseits ist noch nicht mal ein Hauch zu spüren. Hier wartet man nur darauf, daß Selahaddin zurückkehrt, um ihn auf der Stelle zu verhaften. Es müßte zuerst ein Generalamnestiegesetz erlassen werden, damit der Weg für einen Frieden frei wird. Das scheint jetzt zur Zeit sehr unwahrscheinlich. Viele, vor allem geflüchtete Menschen, würden dies begrüßen, denn jeder sehnt sich nach seiner Heimat in Frieden.

AntifaZ: Weshalb wird Selahaddin hier verfolgt - was soll er getan haben?

Mutter: Seit die Guerillabewegung begann, unterdrückt, vertreibt und foltert der Staat die kurdische Bevölkerung. Weil die Kämpfer der Guerilla auch in unserem Gebiet operierten, wurden die Menschen hier oftmals verhaftet, gefoltert, vertrieben und sogar getötet. Die Mitglieder aus der Familie wurden allein zweimal verhaftet, verhört und gefoltert, mit der Begründung, die Kämpfer

unterstützt zu haben. Auch viele Personen haben Selahaddin durch Aussagen bei der Polizei und Militärs belastet. Er musste daraufhin flüchten und sein Leben retten.

AntifaZ: Was erwartet Selahaddin in der Türkei?

Mutter: Er wird mit größter Sicherheit verhaftet werden. Nach dem er auch in Deutschland ins Gefängnis gekommen und das hier bekannt geworden ist, ist zu erwarten, daß er zumindest für mehrere Jahre ins Gefängnis kommt, wenn man ihn überhaupt am Leben läßt.

AntifaZ: Sie sind die Mutter von Remzi. Können Sie mir sagen, wo sich Remzi befindet?

Mutter von Remzi: In Deutschland.

AntifaZ: Warum ist er nach Deutschland geflüchtet?

Mutter von Remzi: Nachdem sein Vater und seine Geschwister verschwinden waren, haben die Sicherheitskräfte des türkischen Staates auch ihn nicht in Ruhe gelassen. Daraufhin hatte er Kontakt mit seinen



Ayşe Ekinci und Yildiz Bugdayci Foto: AFP

Verwandten in Deutschland aufgenommen, die ihm zur Flucht dorthin verholfen haben. Keine Mutter würde sich von ihrem Kind trennen wollen. Aber sein Leben ist mir wichtiger.

AntifaZ: Wo ist der Vater und was macht er?

Mutter von Remzi: Ich weiß es nicht. Ich weiß nicht mal, ob er überhaupt am Leben ist.

AntifaZ: Warum wissen Sie es nicht?

Mutter von Remzi: Seit 6 Jahren haben wir von ihm nichts gehört. Seit seinem Verschwinden wissen wir nicht, wo er sich befindet. Ob er getötet wurde oder sich der Guerilla angeschlossen hat, wissen wir nicht.

AntifaZ: Wo könnte er sein? Was kann mit ihm passiert sein?

Mutter von Remzi: Vielleicht bei der Guerilla oder tot. Aber wir wissen es nicht. Wir haben von ihm nichts gehört.

AntifaZ: Wo wohnen Sie, in welchem Dorf?

Mutter von Remzi: Das ist verschieden. Je nach dem, wo wir von unseren Verwandten aufgenommen werden. Mal da, mal dort. Auch in Diyarbakir, wo ich gelegentlich arbeite, um für meine Kinder zu sorgen. Mein Wille ist, daß mein Sohn nicht zurückkehrt. Nur so kann ich wissen, er ist in Sicherheit.

AntifaZ: Was kann mit Remzi geschehen, wenn er zurückkehrt?

Mutter von Remzi: Was mit seinem Vater und Geschwistern geschehen ist, ich will nicht, dass das auch mit ihm geschieht. Wenn er hierher kommt, würde man ihn entweder verhaften, foltern, sogar töten oder er müßte sich der Guerilla anschließen.

AntifaZ: Ich möchte die selbe Frage auch an Sie richten. Welche Auswirkungen hat der Friedensprozeß nach Ihrer Meinung?

Mutter von Remzi: Darüber weiß ich nicht viel. Ich kann nichts dazu sagen. Ich kann nur sagen, dass der Staat nach ihm, nach dem Vater und nach seinen Geschwistern immer wieder fragt. Die üblichen Repressalien und Drohungen werden fortgesetzt. Deswegen kann ich nicht an einem Ort lange wohnen. Ich werde unter Druck gesetzt. Daher habe ich keine Hoffnungen auf einen baldigen Frieden. Ich will es, alle wollen es.

AntifaZ: Es hat eine Hochzeit stattgefunden. Was hat sich dort abgespielt?

Yasar: Sie haben das zum Teil auch mitbekommen. Von

Anfang an stand die Hochzeitsfeier unter Aufsicht und Kontrolle des Staates. Zuerst hatte er nur versucht zu kontrollieren, anschließend löste er die Hochzeitsfeier auf. Der Staat unterdrückt, wo und wie er kann. Sei es auf der kulturellen Ebene, wie Singen von kurdischen Liedern oder ähnliches. Einen Frieden möchte der Staat auch nicht.

AntifaZ: Der Staat hat aber die Hochzeitsfeier nicht verboten.

Yasar: Nein. Er lässt dies stattfinden. Aber es wird stetig überwacht, z.B. durch Aufnahmen mit einer Videokamera. Wenn festgestellt wird, dass nach Ansicht des Staates verbotene Aktivitäten stattfinden, wird die Feier aufgelöst und Teilnehmer werden verhaftet.

Frage: Wo und wann hat die Hochzeitsfeier stattgefunden?

Yasar: Auf dem Dorf Kirkali, am vergangenen Sonntag.

AntifaZ: Wer hat dort geheiratet?

Yasar: Mein Neffe. Die Soldaten und Dorfschützer waren immer vor Ort. Ihre Anwesenheit soll zur Überwachung und Unterdrückung dienen.

AntifaZ: Welche Bitten oder Forderungen haben Sie an den deutschen Staat?

Mutter von Remzi: Meine Erwartungen sind: Bitte schieben Sie Remzi und Menschen in seiner Situation nicht ab. In Namen der Menschlichkeit, schützen Sie diese Menschen vor Folter und Tod. Zumindest bis sie amnestiert werden, nicht mehr von der Todesstrafe bedroht sind und der wirkliche Frieden hier eingetreten ist.

AntifaZ: Möchten Sie an Remzi etwas ausrichten?

Mutter von Remzi: Ich grüße ihn. Das, was mit seinem Vater und seinen Geschwistern geschehen ist, soll nicht auch noch mit ihm geschehen. Sein Leben und seine Gesundheit sollen verschont bleiben. Das würde mir reichen.

AntifaZ: Was möchten Sie noch an Selahaddin ausrichten?

Mutter von Selahaddin: Ich kann mich Remzis Mutter nur anschließen. Zwar lebe ich einsam hier, aber das Leben und die Sicherheit meines Sohnes und seiner Familie sind mir wichtiger. Wenn die Welt hier einen Frieden will, so schützen Sie bitte das Leben dieser Menschen in Namen der Menschenwürde. Zum Schluß grüße ich meinen Sohn und seine Familie.

AntifaZ: Danke für das Interview.

Anzeigen

TERRE DES FEMMES

Buchkalender für Frauen 2001

Planetin

- im außergewöhnlichen A5-Format
- jede Woche auf einer Seite
- Recyclingpapier und Wire-O-Bindung
- umweltfreundlicher Schutzumschlag
- Texte und Fotos über engagierte Frauen und Projekte

• Anhang mit Adressen, Notizblättern, Terminen

• DM 19,80/€ 10,20, ÖS 145, SFR 19,80

• Erscheint im August 2000 - ISBN 3-9806165-3-3

TERRE DES FEMMES E.V. Postfach 2566, 72015 Tübingen
Tel. 07071-7973-0, Fax 07071-7973-22

MENSCHENRECHTE FÜR DIE FRAU



Die Türkei auf dem Weg nach Europa?

PRESSE, PRÜGEL, PROPAGANDA
Ein Video von Peter Vogel (EMEK-Solidarität, Medienbüro für menschenrechte e.V.) und Ahmet Senyurt (m.f.m.); 15 Min.; 9/2000

Zu bestellen bei:

Wilhelm Frohn, Chatenstr. 1, 34305 Niedenstein
mail: a.w.frohn@t-online.de
Für DM 12,50 (zusätzlich Versand)

Der Aufstand im Todeslager Sobibór

Zu einem Vortrag von Thomas Toivi Blatt, der als 15jähriger im Jahre 1943 die Befreiungsaktion mitorganisiert hat
(3. Teil)

Dem Aufstand der jüdischen Häftlinge im Todeslager Sobibór vom 14.10.1943 waren zwei bereits im Keim erstickte Ausbruchversuche vorausgegangen. Inzwischen aber hatten sich die Bedingungen im Lager verändert. Einerseits machte sich wegen des Näherrückens der Kriegsfrente unter den Betreibern des Todeslagers eine geheime Nervosität und die Befürchtung breit, es könne nicht gelingen, die Spuren des Massenmordes und alle lästigen Zeugen rechtzeitig zu beseitigen. Andererseits war ein Teil des Lagers als Lagerstätte für erbeutete Waffen der Roten Armee eingerichtet worden. Die Ermordung derjenigen Häftlinge, die unmittelbar im Mordbereich arbeiteten, bringt das zum Ausdruck. Himmlers Direktive, das Lager vorher von zu Ermordenden zu räumen und es dann in ein „normales“ Konzentrationslager umzuwandeln, war jedoch mißachtet worden. Dem Lager wurden weitere Transporte zur Vernichtung zugeführt. Unter den zur massenweisen Ermordung vorgesehenen neu angekommenen Häftlingen befanden sich ausgebildete Soldaten der Roten Armee, ja sogar Offiziere, die dem Kommissarbefehl Hitlers zufolge längst hätten umgebracht werden müssen. Sie waren als Juden ghettoisiert und bei Auflösung der Ghettos mitdeportiert worden, und die Lagerleitung von Sobibór, bestrebt, aus den zu Ermordenden zuvor noch Fachkräfte für den geplanten Lagerausbau zu rekrutieren, war sich der Gefährlichkeit dieser Leute nicht einmal bewußt geworden.

Das nur wenige Tage später ins Leben gerufene Vorbereitungskomitee für den Aufstand entwarf einen Ausbruchplan, der, unter Ausnutzung von eingeübten und zu erwartenden Verhaltensweisen des Feindes, 3 Schritte vorsah:

1. Zerstörung der Befehlsstruktur des Feindes durch zügige Ermordung seiner Führer mittels zuvor beschaffter Hieb- und Stichwaffen,
2. damit einhergehend: Erbeutung der Waffen des Feindes und Lahmlegung seiner Kommunikationsmittel (insbesondere Durchtrennung der Telefonleitung),
3. planvoller Ausbruch mit Erstürmung der

Waffenkammer und Unschädlichmachung der Wachmannschaften sowie Zerschneiden der Stacheldrahtzäune und Hochjagen der Sprengkörper des Minengürtels mit Hilfe von Steinen und Holzbohlen. Verzichtet werden mußte darauf, in die Planung diejenigen Häftlinge einzubeziehen, die aussortiert worden waren, um die inzwischen ermordeten Häftlinge, die im hermetisch vom übrigen Lager getrennten Mordbereich gearbeitet hatten, zu ersetzen, da zu ihnen kein Kontakt mehr herstellbar war.

Der Ablauf des Aufstandes

Schritte 1 und 2:

„Es war der 14. Oktober. ... Ein warmer Tag kündigte sich an. Oberscharführer Bauer brach nach Chelm auf, um Vorräte einzukaufen. Die anderen Nazis im Lager gingen ihren üblichen Beschäftigungen nach. Allein eine kleine Gruppe Häftlinge wußte, daß das ein schicksalhafter Tag sein würde. Nach dem Mittagsappell nutzte Kapo Pozycki wie geplant seine privilegierte Position, um einige der Verschwörer - **Sascha Pechersky, Siemion Rosenfeld, Boris Cybulski, Kali Mali und Arkady Wajspapier** - von ihren normalen Arbeitsplätzen zu entfernen und sie in Lager I zu versetzen. Sie versammelten

sich in der Tischlerei und schlugen dort ihr Hauptquartier auf.

Gegen 14 Uhr tauchte Unterscharführer **Walter Ryba** mit einer Maschinenpistole bewaffnet im Lager I auf und nahm 4 Häftlinge mit, einschließlich Kapo Pozycki. Hatte uns jemand verraten? Kurz darauf erschien Kapo Bunio und berichtete, daß Pozycki und die anderen nur vorübergehend in Lager IV gebracht worden seien, um dort Holzscheite zu stapeln. Ryba sei deshalb so schwer bewaffnet gewesen, weil er die Arbeiter ganz allein habe beaufsichtigen müssen.“ (Blatt, S. 198)

Bis 16 Uhr verlief alles wie gewohnt.

„Um genau 16 Uhr war es so weit. Alles würde nun von einem kühlen Kopf, Selbstvertrauen und einer großen Portion Glück abhängen. Da Kommandeur (Franz)* **Reichleitner** nicht da war, hatte Obersturmführer (Johann)* **Niemann** das Kommando. Er sollte als erstes getötet werden. **Shubajev** und **Jehuda Lerner** warteten an der Schneiderei; ihre Äxte lagen

bereit.

Ein paar Minuten früher als bestellt kam Niemann auf seinem wunderschönen Schimmel angeritten. **Dreszer**, der 12jährige Putzer, lief ihm entgegen, um die Zügel des Pferdes zu halten. Niemann betrat die Schneiderei. **Mundek**, der Schneider, hielt die neue Uniform schon bereit. Nichtsahnend nahm der Deutsche seinen Gürtel mitsamt Pistole und Halfter ab und warf ihn achtlos auf den Tisch.

Wie es Schneider zu tun pflegen, klopfte Mundek an Niemann herum und drehte ihn hin und her... Schließlich bat er Niemann stillzustehen, während er mit seiner Kreide ein paar Striche für die Änderungen zog. Dann fiel von hinten die Axt. Wie ein abgeholzter Baum stürzte Niemann mit gespaltenem Schädel zu Boden.

Eine Sekunde lang stand Lerner mit der blutigen Axt in der Hand da, dann schlug er noch einmal zu. Da verlor auf einmal der Hutmacher, der dabeistand, die Fassung. Hysterisch fing er an, mit seiner Schere auf die Leiche einzustechen und die Namen

seiner Frau und Kinder zu schreien, die in Sobibór ermordet worden waren. Als es niemandem gelang, ihn zum Schweigen zu bringen, wurde er geknebelt und in einen Schrank eingeschlossen. Niemanns Leiche wurde in ein Nebenzimmer gezogen, und der blutige Fußboden wurde mit Lumpen saubergewaschen. Das Pferd wieherte, als spürte es, daß etwas nicht stimmte, und Dreszer führte es zum Stall. **Shubajev** rannte zu **Sascha**, um ihm die erste Pistole zu übergeben. Jetzt gab es kein Zurück.“ (Blatt, S. 198 f)

Oberscharführer **Siegfried Graetschus**, den Kommandeur der ukrainischen Wachen, ereilte in der Schusterwerkstatt ein ähnliches Schicksal. Auch ihm wurde der Schädel gespalten.

„Ich bereitete im Abfallverbrennungsgebäude in Lager II alles so vor, wie es mir Leon einige Tage zuvor aufgetragen hatte. Ich schaufelte haufenweise Papier vors Fenster, damit niemand hineinschauen konnte. Da ich ungeduldig die Ankunft der Attentäter erwartete, warf ich einen Blick aus der offenen

Anzeigen

SONNENBLUME

Naturkost - Naturwaren



Springstr. 2, 45657 Recklinghausen
am Hauptbahnhof
Tel.: 02361 - 13 9 27, Fax: 18 42 24

Öffnungszeiten: Mo - Fr 9.00 - 18.30 Uhr
Sa 8.30 - 13.30 Uhr

- ☛ Lieferservice ab 50,00 DM Bestellwert frei Haus
- ☛ Party- und Veranstaltungsservice
- ☛ Vollwertbuffets
- ☛ Getränke für Partys und Veranstaltungen auf Kommission "frei Haus"
- ☛ Große Auswahl an ökologischen Weinen
- ☛ Regelmäßige Weinproben
- ☛ Individuelle Beratung zur Vollwerternährung und anderen Ernährungsfragen
- ☛ Frisches regionales Obst und Gemüse aus kontrolliert biologischem Anbau
- ☛ Umfangreiches vegetarisches und glutenfreies Sortiment

NATUR
KOST & WAREN

HUTZEL Vollkorn-Bäckerei GmbH
Hattinger Straße 188 44795 Bochum

Tel. 0234/ 450590

FAX: 0234/452268

Kontrolliert-biologischer Anbau
BIOLAND-Getreide
Eigene Mühle



Informationen

Betrieb in Selbstverwaltung

Mo. - Fr. 10.00 - 13.00h, 15.00 - 18.00h

Tür. Plötzlich sah ich, wie Kapo **Bunio** in Begleitung von **Cybulski**, einem 35jährigen Lastwagenfahrer aus dem Donbas, und einem weiteren, mir unbekanntem Mann aus Lager I kam. Ich wunderte mich, als die Gruppe am Verbrennungsgebäude vorbei und weiter in Richtung Lagerhäuser ging. Kurz darauf tauchte **Sender**, ein hochgewachsener Jude aus **Lódz**, bei mir auf und eröffnete mir, daß in letzter Minute der Plan geändert worden sei. Das Verbrennungsgebäude lag zu nahe am Zaun und an den Wachtürmen. Selbst wenn die Ermordung der SS-Männer ohne Zwischenfälle verlief, könnten die Männer in den Wachtürmen stutzig werden, wenn über längere Zeit hinweg keiner der Deutschen zu sehen war. Stattdessen befahl mir **Sender**, am Tor zwischen Lager I und II Position zu beziehen, um Nicht-Eingeweihte daran zu hindern, ihren Arbeitsplatz zu verlassen. Wenn mich jemand nach dem Grund fragte, sollte ich sagen, das sei ein Befehl der Deutschen. Die Stelle war überaus heikel, weil das Lagerhaus, wo die SS-Männer getötet werden sollten, ganz in der Nähe lag und es jede Menge Leute gab, die etwas mitkriegen und in Panik geraten konnten.

Aus dem Abfall grub ich ein wunderschönes großes Klappmesser aus, das ich dort versteckt hatte. ... Ich zog die Klinge heraus und steckte das Messer unter meinen Gürtel. Danach grub ich unter dem Abfallhaufen die Wertsachen aus, die ich in Vorbereitung auf unsere Flucht versteckt hatte - ein Vermögen in Form von **Diamanten, Gold und Papiergeld.**" (Blatt, S. 196)

Kurz darauf: „Ich ging ... los, um meine Aufgabe zu erfüllen, und sah dabei, wie der 14jährige **Fibs** vor **Unterscharführer (Franz)***

Wolf strammstand und ihm meldete, daß ein nagelneuer Ledermantel, genau in seiner Größe, im Lagerhaus für Männerkleidung für ihn zurückgelegt worden sei. Der ... **Unterscharführer** ließ sich ködern, ging schnurstracks zum Lagerhaus hinüber und verschwand schließlich im Innern der riesigen Holzbaracke.

In einer Abteilung des Lagerhauses hatten einige Häftlinge den Auftrag, zusammen geschnürte Päckchen zu je 10 Kleidungsstücken gegen die Wand zu schichten. Der Köder - lag daneben. **Wolf** kam herein. 'Achtung!' schrie Kapo **Bunio**. Die Sklaven hielten inne. 'Helft dem Herrn **Unterscharführer** in den Mantel!' befahl der Kapo.

Ein Häftling holte den Mantel und hielt ihn dem Deutschen hin. Der SS-Mann steckte den Arm in einen Ärmel, und im Bruchteil einer Sekunde änderte sich die Situation komplett. **Cybulski** schlug mit der Axt zu, und der Feind sank zu Boden. Sie stachen mit Messern auf ihn ein, bis er tot war, dann versteckten sie die Leiche unter den Kleiderbergen der Opfer. Das Blut auf dem Fußboden wurde mit Sand bedeckt. Als das erledigt war, begannen die Hinrichtungen in Lager II. Die nächste Falle stand schon bereit.

Ich bezog meine Stellung am Tor gegenüber dem Lagerhaus. Bald tauchte auch schon der erste Häftling auf, der durch das Tor wollte. Als ich ihn aufhielt, fing er an, mit mir zu streiten. Ich sah, daß **Sender** in der Nähe war, und rief ihn herüber... **Sender** übernahm die Diskussion, und ich lief los, um weitere SS-Leute zu suchen.

Während dieser Zeit war ein Zug mit Kippwagen voller Lebensmittel unterwegs zu Lager III. Ich winkte den Führer, **Scharführer (Erich Josef)* Vallaster**, heran und sagte ihm,

daß **Wolf** ihn dringend sprechen müsse. Er wurde ins selbe Lagerhaus geführt und dort getötet." (Blatt, S. 196 f)

Den Nachrichtendienst hatten einige junge, unauffällige Leute übernommen. Die meldeten den Organisatoren, wie die Sache in Lager I und Lager II ablief.

„Als perfekte Beispiele von Pünktlichkeit und Disziplin kamen die meisten SS-Männer auf die Minute genau zu ihrer Verabredung mit dem Tod.“ (Blatt, S. 197)

Alle anderen wurden in die Falle gelockt. So weit ging alles nach Plan. Wenig später geschah etwas Unvorhergesehenes:

„Jetzt wurde (SS-Oberscharführer **Rudolf)* Beckmann** ins Lagerhaus bestellt. Ich sah ihn ankommen. **Asm** Eingang der riesigen Baracke blieb er stehen, zögerte, als ahnte er etwas, drehte sich dann um und ging stumm auf das Verwaltungsgebäude zu, in dem sich sein Büro befand.

Nachdem **Sascha** über diese Panne informiert worden war, bereitete eine zweite Notfall-Einsatzgruppe - die aus **Leon Feldhändler, Chaim Engel** und **Kapo Pozyckis jüngerem Bruder** bestand - den Angriff auf **Beckmann** vor. **Beckmanns** Büro war klein, und er war allein. Dennoch mußte auch er überumpelt werden. **Pozyckis** **Bruder** klopfte an die Tür ... Er wurde hereingebeten, und die Gruppe folgte ihm. **Beckmann** hatte nur mit einem Besucher gerechnet und wurde nervös. Innerhalb von Sekunden setzten die Angreifer ihren Plan in die Tat um. Da **Beckmann** tatsächlich überrascht worden war, hatte er keine Zeit mehr, zu reagieren. **Pozycki** nahm ihn in die Zange und hielt ihn fest, dann ramnte ihm **Chaim** mehrmals sein Messer in die Brust. Einmal rutschte er ab ... und verletzte sich dabei die Hand. **Beckmann** versuchte, wieder die Oberhand zu

gewinnen, und obwohl er schwer verletzt war, schaffte er es noch, einen lauten Hilfeschrei auszustößen. Dann starb er. **Pozycki** nahm ihm den Revolver ab. ... Im Büro nebenan wurde anschießend **Scharführer Steubel*** getötet." (Blatt, S. 198; in der Auflistung der getöteten SS-Leute am Ende des Buches ist von einem **Scharführer Thomas Steffl** die Rede, der hier vermutlich gemeint ist.)

Inzwischen hatte im Garnisonsbereich **Ryba** zufällig die Autowerkstatt betreten. Die dort arbeitenden Häftlinge nutzten die Gelegenheit und töteten ihn sofort.

„Das beunruhigte die Organisatoren, denn die Autowerkstatt stand offen, lag inmitten des Bürobereichs, und die Leiche hätte leicht entdeckt werden können.“ (Blatt, S. 198)

Beruhigend war dagegen die kurz vor 17 Uhr von **Cybulski** an **Sascha** überbrachte Meldung, daß die Telefonleitung nach außen gekappt war und die vier SS-Leute in Lager II tot waren.

„Währenddessen nahm **Szलो** **Szmajzner*** im Lager I ein paar **Ofenrohre** und machte sich auf den Weg in die Baracken der Wachen. Ein Teil der ukrainischen Wachen hatte Dienst und bewachte die Arbeiter, aber der Rest, der frei hatte, würde sich hoffentlich gerade mit den polnischen Prostituierten amüsieren, die aus den nahegelegenen Ortschaften ins Lager kamen. In dem Fall würden sie sich in der Baracke ein wenig außerhalb des Lagers aufhalten. Alle wußten, daß **Szलो** der Blechschmied war und für die Reparatur der Dächer, Öfen usw. zuständig war, also würde er keinen Verdacht auf sich lenken. ... Er legte die Rohre beiseite und kletterte aufs Dach, damit es so aussah, als überprüfe er die Schornsteine. Anschließend betrat er die Baracke, vergewisserte sich,

daß keiner anwesend war, und durchsuchte das Zimmer des Gruppenführers. **Szलो** sah ein paar Maschinenpistolen an der Wand hängen, doch sie waren zu groß, als daß man sie in den Rohren verstecken konnte. Im Nebenzimmer entdeckte er Gewehre und Patronengürtel mit nur wenigen Patronen. ... er versuchte, die Gewehre in die Ofenrohre zu schieben. Wegen der entsicherten Gewehrbolzen war das jedoch schwierig, ... **Szलो** hatte zum erstenmal in seinem Leben ein Gewehr in der Hand. Aber er gab nicht auf und schaffte es, zwei Gewehre in sein Ofenrohr zu schieben. Anschließend wickelte er das Rohr zusammen mit einem weiteren Gewehr in eine Decke. Er schüttelte die Ladung und ging unauffällig und, ohne daß etwas passierte, an der ukrainischen Wache vorbei und durchs Tor von Lager I.“ (Blatt, S. 199; * andere Schreibweise: **Szmajzner**.)

Vom Hauptturm her ertönte das Signal, mit dem das Ende des Arbeitstages angekündigt wurde. Die **Kapos** der verschiedenen Arbeitsbereiche sammelten ihre Gruppen und „marschierten mit ihnen, wie immer in militärischen Formationen, zurück nach Lager I. Das Echo ihrer Marschlieder auf jiddisch, deutsch, polnisch, holländisch, ukrainisch und russisch hallte bis weit hinter die Stacheldrahtzäune und den Wald von **Sobibór**. Alles machte den Eindruck eines ganz normalen Tages. Im Hof standen ahnungslose Häftlinge Schlange und warteten auf ihre Ration Kaffee und Brot. ... Das ganze Unternehmen hatte bis jetzt wie am Schnürchen geklappt. ... Nichts ahnend betrat **Unterscharführer Friedrich Gaulstich** den Hof. **Szलो** **Leizman** behielt die Nerven und bat ihn sogleich, zur neu errichteten Baracke mitzukommen, ... weil es mit

den Schlafetagen Probleme gebe. Der **Nazi** fiel darauf herein, doch der **mißtrauische Kapo Schmidt** folgte ihm. **Pozycki**, der mit seiner Gruppe aus Lager IV zurückgekommen war, griff ein. Scheinbar zufällig ging er von hinten auf **Schmidt** zu und flüsterte ihm ins Ohr: 'Laß es, halt dich da raus.' Als er ihm dann auch zur Bekräftigung ein Messer in den Rücken hielt, fügte sich **Schmidt**. Von nun an wurde **Schmidt** nicht mehr aus den Augen gelassen. **Gaulstich** betrat die Baracke und wurde von einer Angriffstruppe überwältigt. Im Schnitt war seit 16 Uhr alle 6 Minuten ein **Deutscher** hingerichtet worden.“ (Blatt, S. 199 f)

Szलो **Schmajzner** hatte inzwischen zwei seiner Gewehre an russische Juden, die - wie **Sascha** und auch **Thomas Blatt** - inzwischen in der **Schmiede** waren, weitergegeben, ein junges Mädchen namens **Zelda Metz** hatte einige Munition, die sie aus Lager IV gestohlen hatte, auf den Tisch gelegt. **Walter Schwarz** meldete, daß der **Stromkreis** unterbrochen war.

Schritt 3:

Ein wichtiger Mann auf der Liste der zu ermordenden Deutschen fehlte noch: **Karl August Wilhelm Frenzel**, Kommandant von Lager I und dritter Mann in

Anzeige

Theater Kunst

BALANCE

Jonglieren Artistik

Fahrräder

Bochum 12051/52 Kurlandstr. 5
 Öffnungsdauer: 10^h - 18^h
 Samstag 17^h - 18^h & länger Samstag

der Befehlskette des Lagers Sobibór. Er war für einen großen Teil der Hinrichtungen in Sobibór verantwortlich und nach Blatts Einschätzung „ein sehr gefährlicher Mann“. Trotz fiebriger Suche fanden ihn die Verschwörer nicht.

„Um 18 Uhr würde wie gewöhnlich das deutsche Personal eintreffen, um den Abendappell abzuhalten. Zu diesem Zeitpunkt würde man die Abwesenheit der anderen SS-Leute bemerken und Alarm schlagen. Die meisten Häftlinge ahnten noch immer nichts von dem, was um sie herum geschah. ... Es war jetzt 17.30 Uhr. Auf Saschas Befehl hin blies Pozycycki zum Abendappell. Es war eine Viertelstunde zu früh, doch die Autorität des Kapos wurde nie angezweifelt. Die Häftlinge fing an, sich aufzustellen. Jetzt verbreitete sich die Nachricht wie ein Lauffeuer.“ (Blatt, S. 201)

Die Häftlinge reagierten sehr unterschiedlich: Einige fromme Juden liefen in die Baracke zurück, um ihr Gebetbuch zu holen, versammelten sich bei der Küche und sprachen das Kaddisch (Totengebet), wobei sie den Oberkörper hin- und herbewegten, denn sie hatten keine Hoffnung auf Rettung. Einige junge Leute, die krank waren, schienen sich ebenfalls mit ihrem Schicksal abgefunden zu haben. Andere sahen sich sogleich nach geeigneten Waffen um. Immer mehr Häftlinge strömten in den Hof. Der Feind begriff früher als geplant die Gefahr:

„Als Sascha gerade versuchte, die Leute in einer Kolonne aufzustellen, um mit ihnen zum Haupttor zu marschieren, von dem aus der Weg ins Freie führte, hörte er Schüsse und begriff, daß irgendetwas schiefgelaufen war. Bauer war aus Chelm zurückgekehrt. Als er den toten Beckmann entdeckte, fing er an, auf die beiden Häftlinge zu schießen, die seinen Lastwagen entluden.

Sascha beschloß, sofort zu handeln. Er sprang auf einen Tisch, sah hinunter und hielt eine kurze Rede auf russisch, in seiner Muttersprache. Er hatte eine durchdringende, gut hörbare Stimme, und er sprach langsam und deutlich. Er sagte den Leuten, daß die meisten Deutschen getötet worden seien und daß es kein Zurück gebe. Ein schrecklicher Krieg verwüste die Erde und es sei an jedem, zu kämpfen. Er rief ins Gedächtnis, wie mächtig sein Vaterland, die Sowjetunion, sei, und versprach, daß wir, ob lebend oder tot, Vergeltung üben und der Tragödie ein Ende setzen würden. Er sagte zweimal, wenn jemand durch ein Wunder tatsächlich überleben würde, so wäre er Zeuge dieses Verbrechens. ... **‘Vorwärts Kameraden, Tod den Faschisten!’**“ (Blatt, S. 201 f)

Von den Wachtürmen aus schoß niemand. Die Wachen hielten den hektischen Betrieb offenbar für normal. Akustisch bekamen sie ohnehin nichts mit.

„Die Menge der Häftlinge, die aus einem Großteil der europäischen Nationen mit den unterschiedlichsten Sprachen stammten, begriff jetzt, was geschehen war. Aus den versammelten Juden erhob sich auf einmal eine einzige, eigenartige und ungeduldige Stimme. ‘Vorwärts! Hurra, Hurra!’ Die anderen stimmten sofort ein ... Die meisten Juden teilten sich spontan in zwei Gruppen. Eine kleine Gruppe stürmte die Zäune von Lager I, riß wie besessen mit Äxten und Schaufeln den Stacheldraht nieder, ohne einen Gedanken an den Wassergraben und die Minen zu verschwenden. Einige warfen Holzplanken hinüber, um die Minen hochgehen zu lassen. Die zweite, größere Gruppe, die verschiedene Waffen bei sich trug, bahnte sich ihren Weg zum Ausgang von Lager I, um zum Haupttor

zu gelangen. In dem Moment fuhr ein Kommandeur der Wachen, der Volksdeutsche (Klaus)* Schreiber, auf seinem Fahrrad durch den Eingang. Er begriff nicht, was geschehen war, und brüllte: ‘Warum drängelt ihr denn wie eine Viehherde? Lauft in einer Reihe!’ Als er merkte, was los war, war es schon zu spät. Er wurde sofort umzingelt, vom Fahrrad geworfen und erstochen. Die Pistole wurde ihm abgenommen.“ (Blatt, S. 203)

Während dieses Geschehens kam eine Häftlingsgruppe, meist russische Juden, in Begleitung von Scharführer Wendland und einiger ukrainischer Wachen aus Lager IV zurück. Schüsse fielen. Angesichts der fliehenden Häftlinge begriffen sie sofort, was Sache war, attackierten die Wachen und überwältigten sie, gerieten dann jedoch in einen Kugelhagel vom Hauptturm aus.

„Die Häftlinge, die nicht umgekommen waren, rannten mit ihrem Werkzeug - Schaufeln, Sägen und Äxten - und den Gewehren ihrer soeben getöteten Bewacher zum Tor und schlossen sich der Menge an, die bereits dabei war, die Waffenkammer zu stürmen. In der Waffenkammer gab es kaum komplette Gewehre, die meisten waren z u m S ä u b e r n auseinandergenommen worden. Der diensthabende SS-Mann (Werner)* Dubois wurde mit einer Axt zu Boden geschlagen. Während er zu fliehen versuchte, schoß ihm jemand in die Brust. Die Häftlinge schnappten sich alles, was sie an Waffen finden konnten, und eilten wieder hinaus in den Kampf.

KD

FAMILIE GUBEROVIC KÄMPFT IMMER NOCH UM BLEIBERECHT

- Die unendliche Geschichte geht weiter -

Bis zum 22. September hat die Stadt Herten der vierköpfigen Familie Guberovic (AntifaZ berichtete in Nr. 83 und 84) erneut eine Duldung ausgesprochen - was dann kommt, weiß noch niemand.

Die Familie geht inzwischen durch ein Wechselbad der Gefühle - Mutter und Tochter sind kurz vor einem Nervenzusammenbruch.

Obwohl seitens unterschiedlichster politischer Ebenen signalisiert wurde, dass den sogenannten ‘Problemgruppen’ aus dem ehemaligen Jugoslawien, vor allem Menschen aus Bosnien-Herzegowina und Kosova, die entweder unter traumatischen Spätfolgen leiden, multiethnische Familien oder Familien mit Kindern sind, die seit Jahren in Deutschland zur Schule gehen, ein dauerhaftes Aufenthaltsrecht erteilt werden soll, schieben die Ausländerbehörden weiter bedenkenlos ab oder versuchen zumindest, die Menschen mit allen Mitteln los zu werden, zum Beispiel, indem sie sie unter Druck setzen, Asyl zu beantragen.

Ab ins Asylverfahren - und wir sind das Problem los

Unter diesem Motto versuchte auch die Hertener Ausländerbehörde, das Problem ‘Guberovic’ loszuwerden. Mitten in den Sommerferien, als alle Mitglieder des Unterstützerkomitees in Urlaub waren, beschied die Behörde plötzlich, sie könne für den Monat August keine weitere Duldung aussprechen, die einzige Möglichkeit für die Familie sei nun, einen Asylantrag zu stellen.

Auch dem Rechtsanwalt wurde beschieden, dass eine Verlängerung nur möglich sei, wenn ein Asylantrag gestellt würde.

Gemeinsam mit ihrem Rechtsanwalt fuhr die gesamte Familie nach Dortmund, um bei der ZAST einen entsprechenden Antrag zu stellen, in der Hoffnung, dass man nach über acht Jahren Aufenthalt auch nach Herten zugewiesen würde.

Welch ein Irrtum - die Behörde verfügte, man müsse nach Oldenburg ins dortige Auffanglager umziehen, und machte Anstalten, diese Anweisung auch umgehend in die Tat umzusetzen. Der Wagen stand abfahrbereit im Hof der ZAST, und nur der energische Protest des Rechtsanwaltes hielt die Mitarbeiter der Behörde davon ab, ihre Anordnung in die Tat umzusetzen.

Dass ihnen Menschen gegenüber saßen, die seit acht Jahren in Deutschland lebten und der deutschen Sprache z.T. möglicherweise mächtiger waren als sie selber, überstieg offenbar den

Horizont dieser ‘ausführenden Organe’. Umso eifriger wollten sie ihr Pflichtbewusstsein dokumentieren, indem sie die erkennungsdienstliche Behandlung in mehrfacher Ausfertigung durchführten und die Tochter von den übrigen Familienmitgliedern absonderte, um sie erst nach geraumer Zeit einzeln ‘abzufertigen’. Diente dies Manöver dem Ziel, die Leute zu entnerven, damit sie möglicherweise sich freiwillig nach Oldenburg verfrachten ließen?

Der Rechtsanwalt berichtete jedenfalls, eine derart unerfreuliche Situation in seiner bisherigen anwaltlichen Tätigkeit noch nicht erlebt zu haben.

‘Glück im Unglück’

Da die Familie auf keinen Fall nach Oldenburg ‘umziehen’ wollte, wurde der gestellte Asylantrag noch am nächsten Tag wieder zurückgezogen. In dieser Situation hatte man Glück, dass der Chef der Hertener Ausländerbehörde gerade in Urlaub gefahren war und sein Nachfolger wegen der ‘politischen Brisanz des Falles’ keine Abschiebeverfügung erlassen wollte, sondern die Duldung bis zur Rückkehr seines Chefs verlängerte.

Erneute Hiobsbotschaft - Petition abgelehnt

Sang- und klanglos, das heißt, ohne überhaupt auf die vorgetragenen Argumente des Petitionsbegehrens einzugehen, teilte der nordrhein-

westfälische Petitionsausschuss am 23. August mit, dass die Petition abgelehnt worden sei.

Die lapidare ‘Begründung’ des Ausschusses lautet im Wortlaut:

„Das Petitionsvorbringen rechtfertigt die Gewährung eines dauerhaften Aufenthaltsrechtes nicht, da hierfür die gesetzlichen Voraussetzungen nicht erfüllt werden und die Familie nicht dem von der Altfallregelung vom 19.11.1999 begünstigten Personenkreis angehört.“

Na bravo, kann man da nur sagen - als ob die gesamte politische Diskussion der vergangenen Monate an den Mitgliedern des Petitionsausschusses völlig vorbeigegangen wäre. Gerade, weil ungerechterweise den Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien in der sogenannten Altfallregelung nicht die gleichen Rechte zugestanden werden wie allen anderen Nationalitäten, wird von so vielen Seiten gefordert, in einer ganzen Anzahl von konkreten Gründen Menschen aus dem ehemaligen Jugoslawien ein Bleiberecht zu erteilen.

Wie vorurteilsbelastet der Ausschuss die Entscheidung im Fall der Familie Guberovic anging, macht auch seine abschließende ‘Bemerkung’ deutlich:

„Im übrigen setzt die von der Familie G. angestrebte Einbürgerung seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts u.a. voraus, dass wenigstens ein

Elternteil sich seit acht Jahren rechtmäßig im Bundesgebiet aufhält und alle Familienmitglieder eine Aufenthaltsberechtigung oder eine Aufenthaltserlaubnis besitzen. Diese Voraussetzungen werden von der Familie G. nicht erfüllt.“

Es zeigt die Denkungsart der Leute, die hier - unter Federführung eines Herrn Mündelein - geurteilt haben. Sie gehen davon aus, dass vorgetragene humanitäre Gründe sowieso erlogen sind und 'diese Leute sich nur ins gemachte Nest setzen' wollen, sprich die deutsche Staatsbürgerschaft 'ergattern', aber wozu haben wir 'unsere Gesetze', da könnte ja jeder kommen.

Und um den miesen Eindruck zu vervollständigen, jammert der Ausschuss noch über seine Überbelastung:

„Die Bearbeitung Ihrer Petition hat längere Zeit in Anspruch genommen. Bei der großen Zahl von Bitten und Beschwerden ließ sich die Verzögerung leider nicht vermeiden.“

Blanker Unsinn - in Wirklichkeit hat sich dieser Ausschuss überhaupt keine Zeit genommen, die vorgetragenen Gründe zu prüfen, kein Mitglied des Ausschusses hat mit der Familie oder mit einem Vertreter der Hertener Ausländerbehörde gesprochen, vielmehr dauerte es gar nicht lange, die Verzögerung erklärt sich nur daher, dass nach den Landtagswahlen in NRW alle Ausschüsse neu besetzt wurden und etwa 2 Monate vergingen, bevor die neuen ihre Arbeit aufnahmen.

Die politische Auseinandersetzung fortsetzen

Das Komitee „Bleiberecht für Familie Guberovic“ wird seine Arbeit jedenfalls fortsetzen und plant für den 30. September eine Kundgebung in Hertener. Ohne eine breite öffentliche Unterstützung wird es nicht gelingen, für einige Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien ein Aufenthaltsrecht zu erkämpfen. Inzwischen sind es nur noch etwa 20 Familien, von denen angeblich zehn laut Auskunft des Hertener Bürgermeisters „möglicherweise bleiben können“. Das passt einigen CDU-Politikern wie den Herren Grave und Köller überhaupt nicht, die in einem Ratsantrag eine „rigidere Abschiebung und Rückführung“ von Flüchtlingen forderten. Man wolle „ein Tabu brechen“ und eine „Spardiskussion einleiten“.

Dem traten in Hertener vor allem die seit Jahren in der Flüchtlingsbetreuung tätigen Vereine und Institutionen entgegen: „Euer Antrag schürt Vorurteile“, stellte Pfarrer Andras Noth von der Hertener Friedensgemeinde fest.

In den kommenden Wochen kommt es darauf an, die von Bundestag und Landtag gefassten Beschlüsse in die Tat umzusetzen und dafür zu sorgen, dass diese auch die Köpfe der Verwaltungen und Behörden erreichen. Das ist ohne öffentlichen Druck nicht zu erwarten, denn Behörden handeln nur „auf

Anordnung“. Und angeordnet wurde bisher trotz der verschiedenen Beschlüsse noch gar nichts.

Zwar hat sich am 6. September auch der nordrhein-westfälische Landtag einstimmig der Initiative des Bundestags angeschlossen, in der die Bundesregierung aufgefordert wird, „bei der Rückführung von Flüchtlingen aus Bosnien-Herzegowina und aus dem Kosovo stärker humanitäre Gesichtspunkte gelten zu lassen“. Außerdem wird die Landesregierung aufgefordert, „sich über die Innenministerkonferenz dafür stark zu machen“. Bisher hat die Bundesregierung allerdings erst in einem Punkt, nämlich bei „Traumatisierungs“-Fällen, zugestimmt, von Abschiebungen abzuweichen - dafür aber den Kriterienkatalog, wann eine „Traumatisierung“ vorliegt, gleich kräftig vergrößert.

In allen anderen Fällen (Mitglieder von Minderheiten, Behinderte, Kranke, Minderjährige etc) wies die Staatssekretärin im Bundesinnenministerium, Cornelia Sonntag-Wolgast (SPD), den Antrag zurück: Zwar „fühle sich die Bundesregierung in vielen Punkten des Antrags in ihrer Arbeit bestätigt“. Es „könne aber kein pauschales Bleiberecht für Behinderte, Kranke und Jugendliche geben. Damit werde das geltende Ausländerrecht in Frage gestellt“. Die frühere Bundesjustizministerin Sabine Leutheuser-Schnarrenberger (FDP) betonte dagegen, „es gehe nicht um eine Änderung des Ausländerrechts. Ein Bleiberecht für einzelne Personengruppen sei im Rahmen der geltenden Gesetze möglich.“

Uns würde abschließend ganz etwas anderes interessieren: Wie ist es möglich, dass der Bundestag einstimmig - einschließlich der Regierungsmitglieder und auch mit der Stimme von Herrn Schily - etwas beschließt, was anschließend die gleichen Leute - in ihrer Funktion als Regierungsmitglieder - zurückweisen - mit fadenscheinigen 'Argumenten'. Nannte man das früher nicht „Volksverarschung“?

Hertener Komitee „Bleiberecht für Familie Guberovic“

Anzeige

**Schallplattenversand
Matthias Henk
Postfach 11 04 47
26207 Bremen
Der Antifa Platten Versand**



Bei uns erhältlich:

**ANTIFA CD'S aus Holland:
X-TREM mit Smut, Roggel,
No Men, Odi Odi u.v.a. (mit
Aufkleber, Aufmäher) CD DM 22,00
Sampler: Gramschap 1978-1986
Door Mekaar, Zowiso, The Ex,
Baader Pop Gruppe, Dranke,
Kess u.v.a. DCD DM 33,00
Erhältlich per Post oder:
Buch-/CD-Laden: "Hamburger Allee",
Hamburger Allee 35, 60486
Frankfurt/Main oder
Boekhandel Rosa,
Folkingedwardsstraat 16A, 9701 JA
Groningen-Niederlande
Bestell den Katalog!**

Lieferung per
Vorausrechnung + Porto
Tel. & Fax: 0421-498535
E-mail: JUMPUP@t-online.de

NEWS AUS DEM RUHRGEBIET

Recklinghausen, 18.8.2000

Die „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen“ (ACK) verfasste am 18. August folgende Stellungnahme, mit der sie auf faschistische Schmierereien (Hakenkreuze) im Stadtgebiet von Recklinghausen reagiert. Nazis hatten verschiedene Geschäfte, u.a. den „Europa-Afrika Shop“ und den „Eine-Welt-Laden“, beschmiert, um den Todestag von Rudolf Heß in „Erinnerung“ zu bringen.

„Der rechtsradikale, menschenverachtende Ungeist ist nicht nur woanders, es gibt ihn auch in Recklinghausen. Das müssen wir nach den Zeitungsberichten vom heutigen Tag feststellen. Bürger und Bürgerinnen unserer Stadt, die wir nicht kennen, haben es bis heute nicht begriffen, welch unendliches Leid und himmelschreiendes Unrecht vom Nationalsozialismus ausgegangen sind. Die grausamen Folgen müssen bis heute viele Menschen tragen und betonen:

- Mit allen rechtsstaatlichen Mitteln muss. Deswegen darf es so etwas nie wieder geben

Was ist zu tun? Mit dieser Frage haben sich viele verantwortungsbewusste Menschen in den letzten Wochen auseinandergesetzt. Wir möchten herausgreifen gegen die rechtsradikalen Machenschaften und Verbrechen entschieden und kontinuierlich vorgegangen werden. Das reicht jedoch nicht aus. Es müssen die Rechtsradikalen nicht nur bestraft werden, wir müssen auch mit ihnen ins Gespräch kommen.

- Die von den Rechtsradikalen bedrohten und misshandelten Menschen und Gruppen müssen unsere Unterstützung konkret erfahren.

- Den jungen Menschen aller Schichten sind mehr attraktive Berufs- und Lebensperspektiven zu erschließen. Da sind auch wir als Christen und christliche Gemeinden in besonderer Weise herausgefordert.

- Es gibt nicht nur die organisierte Rechtsradikalität. Nach unserer Erfahrung, besonders in der Flüchtlingsarbeit, finden sich in allen Bevölkerungsschichten und -gruppen weitverbreitete Vorurteile gegen Minderheiten in unserer Gesellschaft. Nicht selten verbergen sich Ausländerfeindlichkeit und Rassismus hinter Sätzen, die meist so beginnen: „Ich habe nichts gegen Ausländer, aber...“

- Dankbar sind wir für alle Initiativen von einzelnen Menschen und Gruppen, die sich schon lange um die Integration derjenigen bemühen, die - aus welchen Gründen auch immer - auf der Schattenseite des Lebens stehen. Sie verdienen Respekt und Unterstützung.

- Die Auflösung des Rechtsradikalismus in unserer Gesellschaft ist eine große und langwierige Aufgabe, die nicht von heute auf morgen und auch nicht von einigen wenigen engagierten BürgerInnen, beruflich oder ehrenamtlich, geleistet werden kann.

Es geht alle an. Wir machen mit!“

Für die „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen“ (ACK):

Pfarrerin Sabine Udodesku

Pfarrer Thomas Leßmann

Pfarrer Berhard Lübbering.

Recklinghausen, 31.8.2000

Neonazis bedrohten in einer anonymen Schmähschrift den Mitunterzeichner des Aufrufs der „Arbeitsgemeinschaft christlicher Kirchen“ (ACK) und Leiter des Recklinghäuser „Gasthauses“, Pfarrer Bernhard Lübbering. Hintergrund der Schmähschrift ist die Tatsache, dass sich Lübbering vor allem als entschiedener Mahner gegen Neonazismus und durch seine Aktivitäten in der Flüchtlings- und Obdachlosenunterstützung einen Namen gemacht hat.

Bergkamen, 12.9.2000

Neu Neonazis haben die Bewohner eines Asylbewerberheimes mit Baseballschlägern bedroht und Nazi-Parolen gerufen. Der Rädelführer kam wegen schweren Landfriedensbruchs in Untersuchungshaft. Die anderen wurden vernommen und freigelassen.

Krefeld, 14.9.2000

Einer kurdischen Frau, die mit ihren fünf Kindern in Krefeld Kirchenasyl gefunden hatte, droht nun die Abschiebung. Am 16.9. fand deshalb eine Solidaritätsdemonstration für die Familie Manaz statt. In der Türkei werden sie als KurdInnen verfolgt, außerdem muss die Frau Gewalt von ihrem Ex-Ehemann befürchten.